

FAIRCONOMY

einfach – wirksam – gerecht

Das Wunder von ~~Wörgl~~ Frankfurt



Austausch der Geldreformer beim Geldwende-Treffen
Interview zum Fernsehfilm »Das Wunder von Wörgl«
Grundsteuerreform – 10 Schritte zu einer gerechteren Bodenordnung

Glaubst Du an Wunder?

Für uns Geld- und Bodenreformer war dieses Jahr in mancher Hinsicht wunderbar:

- Seit Februar wird die von uns befürwortete Bodenwertsteuer von den Medien nicht mehr totgeschwiegen, sondern als ernsthafte Option bei der Grundsteuerreform aufgegriffen. Jetzt geht es um die gesetzliche Verankerung...

- Im März wurde ein Film über das freiwirtschaftliche Geldexperiment 1932/33 in Wörgl fertiggestellt, den wir uns immer schon gewünscht hatten. Nun ist er da! »Das Wunder von Wörgl« wurde am 1. Dezember im Schweizer Fernsehen ausgestrahlt, am 8. Dezember gab es sogar einen Themenabend dazu im österreichischen ORF2. Über eine Million Menschen haben den Film schon angeschaut, das ist ein toller Erfolg! Und demnächst wird er auch im deutschen Fernsehen zu sehen sein.

- Im Juni erreichte die Schweizer Vollgeld-Initiative mit knapp einem Viertel Ja-Stimmen einen Achtungserfolg. Den vielen Aktiven haben wir es zu verdanken, dass öffentlich über unser Geldsystem diskutiert wurde – und diese Diskussion wird weitergehen!

- Im September haben wir die Vernetzung zwischen den freiwirtschaftlichen Organisationen bei einem gemeinsamen Treffen verstärkt, Anfang November kam auch die Vernetzung mit anderen Geldreformern endlich in Gang. Beides wird weiterverfolgt, denn wir wissen: Wir sind nicht allein. Gemeinsam können wir sehr viel erreichen!

- Ende November schließlich haben wir das Zentrum der europäischen Geldpolitik besucht, die Europäische Zentralbank

in Frankfurt, und uns über den Fortgang der Negativzinspolitik informiert. Wir lassen da nicht mehr locker, bis ...

... ja, bis auch »das Wunder von Frankfurt« geschieht, und die EZB erkennt, dass sich das kleine Wunder von Wörgl auch auf den Euroraum übertragen lässt: durch die Verstärkung des Geldumlaufs mithilfe effektiver Negativzinsen, die auch das Bargeld einbeziehen. Wie 1932/33 wird sich dann die ganze Welt dafür interessieren ... Und diesmal wird es nicht mehr verboten!

Erinnern wir uns an die mutigen Menschen, die vor 100 Jahren Republiken ausgerufen, das Frauenwahlrecht verwirklicht, eine gerechtere Verteilung des Bodens verlangt und sich – wie Silvio Gesell in der Münchner Räterepublik – dafür eingesetzt haben, Freigeld zum Gemeingut zu machen.

»Die Ideen leben weiter in unseren Herzen!«, heißt es in der Doku zu Wörgl. Wie wahr! Gehen wir mit unseren Herzensangelegenheiten und mit viel Schwung ins neue Jahr!

Beate Bockting



Kontakt: Beate.Bockting@INWO.de

Inhalt

- 3 Beate Bockting: Das Wunder von Frankfurt
- 4 Interview zum Film »Das Wunder von Wörgl« mit Verena Altenberger
- 6 Fritz Schwarz: Das historische »Wunder von Wörgl«
- 8 Film und Doku »Das Wunder von Wörgl«
- 9 Lino Zeddies: Austausch der Geldreformer beim »Geldwende«-Treffen
- 10 Dirk Löhr und Ulrich Kriese: Scholz' mutloser Wurf
- 13 Was ist der Boden wert? – Eine Erklärung in 10 Punkten
- 14 10 Schritte zu einer gerechteren Bodenordnung / Reader
- 15 Heinz Girschweiler: Tipps zu fairen Baurechtsverträgen
- 16 Ankündigung Seminarreihe »Wirtschaft und Gesellschaft«
- 18 Regionalseiten Schweiz
- 20 Regionalseiten Deutschland
- 22 Mitglied werden! – Beitrittsformular
- 23 Buchvorstellung: Neuauflage »Das Geld-Syndrom« von Helmut Creutz

Impressum

FAIRCONOMY 14. Jahrgang, Nr. 4 Dez. 2018, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage: 1.600 Exemplare

Bildnachweis: Titelseite: Christina v. Puttkamer; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 4: © epo-film / Hendrik Heiden; 5: Christian Spielbichler; Archiv der Stadt Wörgl; 6+7: © Unterguggenberger Institut Archiv; 08: © epo-film / Hendrik Heiden; 11: © Bundesfinanzministerium Deutschland; 12: © geralt / pixabay.com; 13: © anonym, Queen Mary Psalter (ca. 1310), British Library, London; © maintor-frankfurt.de 18: © pixel2013 / pixabay.com; 19: © kellepics / pixabay.com; 24: © Portrait: Unterguggenberger-Institut Wörgl, © Filmszene: epo-film / Hendrik Heiden

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim
(gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V.,
Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt Deutschland:

INWO e.V.
Wallstr. 97, 50321 Brühl
Telefon: +49 2232 156368
E-Mail: INWO@INWO.de, www.INWO.de

Kontoverbindung:

INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Abo-Kontakt Schweiz: INWO Schweiz,
Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90,
E-Mail: buero@INWO.ch, www.INWO.ch

Kontoverbindung:

Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Hinweis: Wir verwenden in unserem Verein und unserer Zeitschrift das solidarische Du.

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapita-

listische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Warten auf das Wunder von Frankfurt

Am Freitag, den 23. November besuchten rund 20 Mitglieder der INWO sowie Gäste die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main.

Die Eröffnung des 1,3 Milliarden teuren EZB-Neubaus am Frankfurter Ostend im März 2015 war von heftigen Protesten begleitet gewesen. Als wir an diesem Novembermorgen 2018 dort eintrafen, strahlten die Zwillingstürme dagegen ruhig und friedlich im Sonnenschein. Obwohl die INWO sich 2012 noch an den Aktionstagen des Blockupy-Bündnisses gegen die Politik der EU und der EZB in der Finanzkrise beteiligt hatte, kamen wir diesmal nicht, um zu protestieren, sondern um uns über den Fortgang der Negativzinspolitik zu informieren. Denn im Juni 2014 hatte die EZB ja unter der Führung von Mario Draghi ein kleines »Wunder« vollbracht und den für uns so wichtigen Paradigmenwechsel hin zu einem nominal negativen Einlagenzins als Leitzins vollzogen.

Dort wo bis Anfang des Jahrtausends noch in der Großmarkthalle Obst und Gemüse gehandelt wurden, befindet sich heute das Zentrum der europäischen Geldpolitik, die entscheidend ist für das Wohl oder Weh der 340 Millionen Einwohner der Eurozone und weit darüber hinaus. Nach einem obligatorischen Sicherheitscheck betraten wir den modernen, großzügigen Eingangsbereich des Konferenzentrums. Unsere Betreuer führten uns vorbei an dem gläsernen Saal, in dem Draghi und sein Vize alle sechs Wochen nach dem Monetary Policy Meeting ihre Pressekonferenz abhalten und mit Spannung erwartete Aussagen zur Geldpolitik machen.

Kurz darauf konnte Felix Fuders unseren Referenten Florian Heider begrüßen. Heider, seit 2004 Mitarbeiter der EZB im Financial Research, war zwischenzeitlich auch Principal Economist der Abteilung Geldpolitische Strategie, und als solcher langjähriger Kenner der gesamten Finanzmarkt- wie auch der Negativzinspolitik. Er war für uns ein Wunschreferent, da er ganz aktuell gemeinsam mit Farzad Saidi und Glenn Schepens eine Studie unter dem Titel »Life Below Zero: Bank Lending Under Negative Policy Rates« über die Auswirkungen des negativen Einlagenzins auf die Kreditvergabe der Geschäftsbanken vorgelegt

hat. Außerdem hat er Arbeiten zum Interbankenmarkt veröffentlicht, dessen Entwicklung uns besonders interessierte.

Heider ermunterte uns gleich zu Anfang zu einem regen Austausch. Er machte deutlich, dass wir seit 2008 in Europa eine absolut beispiellose Krise zu bewältigen hatten. Das reale Bruttoinlandsprodukt war 2009 in Europa um über 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr geschrumpft. Damit war nicht nur die Rezession wesentlich einschneidender als in den USA, sondern auch die Erholung dauerte in Europa wesentlich länger.



Heider betrachtete die Einführung der Negativzinsen denn auch als notwendige Maßnahme, denn der Interbankenmarkt funktionierte seit August 2007 nicht mehr in gewohnter Form, bis die Geschäftsbanken im September 2008 sogar dazu übergingen, Liquidität (Zentralbankgeld) im großen Stil zu horten. Selbst die massiven Finanzspritzen der Zentralbank konnten das Vertrauen zwischen den Banken nicht wiederherstellen. Eine Konsequenz war die Entwicklung des neuen, transaktions- statt umfragebasierten Referenzzinses »Ester«, kurz für Euro Short-Term Rate, der den bisherigen risikolosen Referenzzins Eonia (European Overnight Index Average) bald ablösen wird. Die Einführung eines – bislang minimalen – negativen Einlagenzins hat die Lage ein wenig entspannt, aber der unbesicherte Geldmarkt ist bis heute noch nicht wieder voll funktionsfähig.

Heider hatte in der Studie »Life Below Zero« die Auswirkungen der Negativzinsen auf die Realwirtschaft untersucht. Leider umfasst die Arbeit jedoch nur die Zeit bis Ende 2015, also nur die Beginnphase, als der Negativzins bei -0,10% bzw. -0,20% lag. Die weiteren Senkungen auf heute -0,40% bleiben darin noch unberücksichtigt. Heider stellte fest, dass die Geschäftsbanken zögerten, die Negativzinsen an ihre Kunden weiterzureichen. Im Vergleich zu Konkurrenten mit weniger Kundeneinlagen erhöhten sich dadurch die Refinanzierungskosten der einlagenstarken Banken (wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken) und ihr

Eigenkapital nahm ab. In der Konsequenz stellten Heider und Kollegen bei den einlagenstarken Banken eine geringere Kreditvergabe und eine erhöhte Risikobereitschaft fest. Daraus könne gefolgert werden, dass die Negativzinspolitik weniger akkommodierend sei als beabsichtigt, während die Finanzstabilität in Gefahr geraten könne, wenn die einlagenstarken Banken verstärkt Kredite vergeben.

Nun gingen die Banken nach weiterer Absenkung des Einlagenzinses peu à peu doch dazu über, die Negativzinsen wenigstens den institutionellen Kunden mit großvolumigen Einlagen weiterzubelasten. Diese Weiterreichung ist richtig und wichtig, denn sämtliche Liquidität muss aus unserer Sicht zeitabhängig mit Gebühren bzw. negativen Zinsen belastet werden.

Dieser alternativen Form der »Umlaufsicherung« des Geldes im Wege steht heute nur die Möglichkeit der kostenfreien Hortung von Bargeld, in das neben Banken, Versicherungen etc. auch Bürger ausweichen würden, sobald der Negativzins die effektive Zinsuntergrenze unterschreitet. Wir überreichten Florian Heider als Dankeschön eine Ausgabe von Silvio Gesells »Natürliche Wirtschaftsordnung«, als Ansporn, eine effektive Negativzinspolitik weiter zu erforschen. Denn erst wenn die EZB das Bargeld in die Negativzinspolitik einbezieht, können wir von einem wirklichen »Wunder von Frankfurt« sprechen! ■

Beate Bockting

»Ein wichtiges Stück Geschichte«

Rosa Unterguggenberger war die Frau des Bürgermeisters von Wörgl, als dieser 1932/33 der Tiroler Gemeinde mit Freigeld aus der Wirtschaftskrise verhalf. Im Film »Das Wunder von Wörgl« spielt Verena Altenberger diese starke Frau.

Beate Bockting: Frau Altenberger, Sie spielen in das »Wunder von Wörgl« die Ehefrau von Bürgermeister Unterguggenberger. Wie haben Sie sich in der Rolle gefühlt?

Verena Altenberger: *Gut. Die Rolle war eine schöne Herausforderung. Die echte Rosa Unterguggenberger war eine starke und moderne Frau, der ich versucht habe, gerecht zu werden.*

Sie kommen ja gebürtig aus dem Pongau, das liegt ja gar nicht so weit von Wörgl entfernt. Hatten Sie denn jemals vorher vom »Wunder von Wörgl« oder von Silvio Gesell gehört? *Ehrlich gesagt, nein. Ich habe natürlich sofort gegoogelt und mich eingelese. Aber mein Papa zum Beispiel – er arbeitet in einer Bank – dem war das »Schwundgeld« sofort ein Begriff.*

Hatten Sie über unser Geldsystem schon mal nachgedacht?

Ich würde nicht sagen über »das Geldsystem«. Sehr wohl mache ich mir aber viele Gedanken über bewussten, sinnvollen Konsum und darüber, wo mein Geld hinfließt.

Gab es ein besonderes Aha-Erlebnis für Sie während der Arbeit am Film?

Es gab ein besonderes Aha-Erlebnis während der Premiere in Wörgl, als ich den Film selbst zum ersten Mal gesehen habe: Michael Unterguggenberger sagt den Satz: »Man muss niemandem etwas wegnehmen, damit es ei-

nem selber besser geht.« Da hat es mich regelrecht gerissen – ein so wahrer und so aktueller Satz. Ich glaube fest, dass uns vor allem Investitionen in unsere Gegenüber weiterbringen. Mehr Bildung, mehr Sozialstaat, weniger Grenzen, weniger »meins«.

»Ich denke, dass wir da ein wichtiges Stück Geschichte erzählen dürfen, und bin wahnsinnig dankbar, dabei sein zu dürfen.«

Wurde am Set auch über die ökonomische Bedeutung des Freigelds diskutiert?

Diese Diskussionen fanden nicht erst am Set statt, sehr wohl aber im Vorfeld, als wir über das Drehbuch, einzelne Texte und unsere Rollen diskutiert haben.

Was denken Sie, wenn Sie an den historischen Michael Unterguggenberger denken?

Hatte der eine starke Frau an seiner Seite. (lacht)

In der Filmstory wurden ja auch die politischen Umwälzungen Anfang der 1930er Jahre berücksichtigt. Das Experiment von Wörgl wurde »von oben« beendet. Kurz darauf kam

in Deutschland Hitler an die Macht und 1938 kam es zum Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich. Hätte man die Wörgler gewähren lassen, wäre die Geschichte vielleicht anders verlaufen?

Davon bin ich überzeugt. In Wörgl ist es gelungen, politische Lager zu vereinen, alle Menschen in das Experiment zu integrieren, und es gerade dadurch zu einem vollen Erfolg werden zu lassen. Miteinander haben die Wörgler für eine sozialere Wirtschaft und ein schöneres Leben gesorgt.

Sehen Sie Parallelen zwischen der damaligen Zeit und heute?

Ich denke, man kann ähnliche Tendenzen der Angst-Mache, der Schuldzuweisung und der Ausgrenzung beobachten.

Welche war die Szene, die Sie am liebsten gespielt haben?

Rosa haut nach einem Streit zwischen Vater und jungem Sohn auf den Tisch und schreit: »Einer von euch muss einmal gscheiter werden, sonst hört das nie auf!« Wie wahr...

Welche war die Szene, die Sie am wenigsten gern gespielt haben?

Ich habe jede Szene gerne gespielt, obwohl die einzelnen Szenen mir natürlich Unterschiedliches abverlangten. Die Szene am Ende des Films im Gericht, in der Rosa voller Angst erzählt, dass sie wieder schwanger ist, und nicht weiß, wie sie das ohne Michael schaffen soll, war für mich sehr emotional. Dennoch





Bei der Film-Preview in Wörgl: Veronika Spielbichler, Verena Altenberger, Lia Rigler, Karl Markovics (v.l.n.r.)

begebe ich mich auch gerne an diese Orte meiner Persönlichkeit – wenn nicht, hätte ich aber auch den falschen Beruf gewählt.

Wie war es für Sie, bei der Film Premiere »ihre« Tochter, Lia Rigler, die Tochter der historischen Rosa Unterguggenberger zu treffen? Ich hatte Lia bereits im Vorfeld, im Zuge meiner Recherchen für den Film kennengelernt.

Ich war so froh, dass sie mir so viel über ihre Mama erzählt hat – sie hat mir Hirn und Herz mit Geschichten und Emotionen angereichert. Zu sehen, dass Lia mit dem fertigen Film glücklich war, war für mich das größte Geschenk. Ich wollte ihrer starken Mama so gerne gerecht werden.

Was werden Sie am meisten in Erinnerung behalten?

Den Weg abends vom Set ins Hotel: Die Dämmerung bricht herein, ich gehe durch verwandelte Straßenzüge und über zeitgereiste Marktplätze und denke, dass wir da ein wichtiges Stück Geschichte erzählen dürfen, und bin wahnsinnig dankbar, dabei sein zu dürfen.

Die Freiwirtschaftliche Bewegung in Wörgl (links sitzend Rosa und Michael Unterguggenberger)



Michael Unterguggenberger mit seiner zweiten Frau Rosa und Sohn Alois



Das historische »Wunder von Wörgl«

Der bekannte Schweizer Freiwirt Fritz Schwarz beschrieb die Ereignisse der Jahre 1932/33 in Wörgl in seinem Büchlein »Das Experiment von Wörgl«. Mit nur 8 500 Schilling konnten in wenigen Monaten Steuern gezahlt, Schulden beglichen und Arbeiten für über 100 000 Schilling ermöglicht werden.



Die Raiffeisenkasse Wörgl war als Wechselstelle eng in die Aktion eingebunden. Kassenleiter Georg Steinbacher (links) mit Wörgler Geschäftsleuten.

Die Gemeinde kaufte am 31. Juli 1932 vom Wohlfahrtsausschuß die ersten 1000 Schilling und zahlte damit Löhne aus. Die vom Wohlfahrtsausschuß eingenommenen 1000 Schilling wurden der Ortssparkasse überwiesen, einer Raiffeisenkasse. Der Verkauf der Scheine, die »Geldausgabe« erfolgte im Gemeindeamt, die Einlösung in der Sparkasse gemäß Reglement.

Ein Heiterkeitserfolg!

Die erste Lohn- und Gehaltszahlung im Betrag von 1000 Schilling kehrte fast am gleichen Tag wieder zur Gemeindekasse zurück: es wurden Steuern bezahlt! Am dritten Tag kommt einer gelaufen und ruft: »Herr Bürgermeister! Unsere Arbeitswertscheine sind gefälscht worden! Wir haben erst 1000 Schilling ausgegeben und schon sind 5100 Schilling an rückständigen Steuern einbezahlt worden! Es muss jemand die Scheine nachgemacht haben!« Bürgermeister Unterguggenberger lächelte nachsichtig. Er weiß, daß andere, größere Herren den gleichen Fehler machen werden. Daß aber selbst ein österreichischer Hofrat und Dozent der Nationalökonomie an der Universität Innsbruck, Prof. Dr. Bundsmann, die Erfolge der Gemeinde Wörgl mit ihrem umlaufenden Gelde als »Bluff« bezeichnen werde, weil er nicht verstehen konnte, wie man mit 1000 Schilling 5100 Schilling Steuern zahlen kann – daran hat der Bürgermeister von Wörgl sicher in jenem Augenblick nicht gedacht! – Aber wir wollen nicht vorgehen. Jeder eingehende Schilling in Arbeitswertscheinen wurde sofort wieder zur Zahlung einer Rechnung gebraucht – und ist sofort

wieder da – und geht sofort wieder weg: für dieses Geld steht eben auf seinem Streik eine Strafe!

In Österreich hielt damals die Nationalbank für die rund 6 Millionen Einwohner 914 Mill. im Jahresdurchschnitt im Verkehr, das sind pro Kopf 153 Schilling. Als in Wörgl am meisten Arbeitswertscheine ausgegeben wurden, waren es 7443

Schilling oder pro Kopf nicht einmal 2 Schilling. Aber diese 2 Schilling pro Kopf haben in Wörgl in den Jahren 1932 und 1933 mehr Einkommen und Verdienst geschaffen als die 153 Schilling der österreichischen Nationalbank. Warum? Weil es das Geld war, das die Leute veranlaßte, es zu dem zu brauchen, zu dem es geschaffen worden war, zum Zahlen, zum Erledigen der Geldgeschäfte, zum Tauschen.

Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit

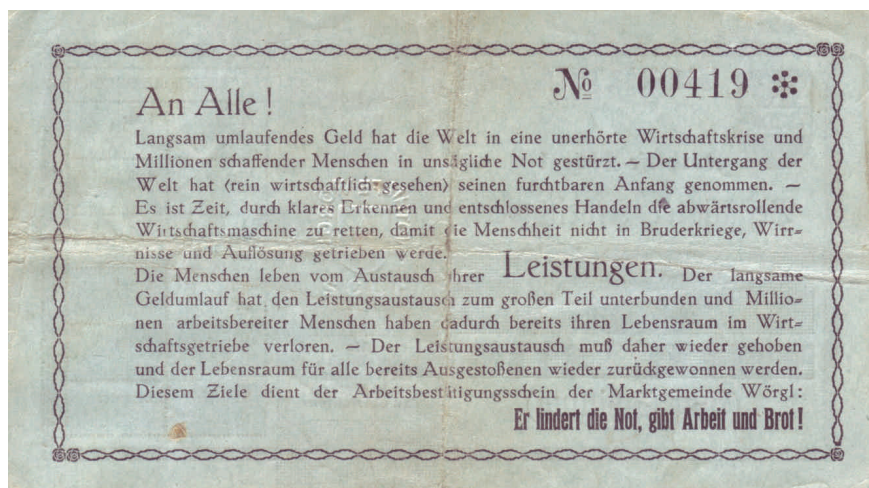
Ein Gegner des Freigeldes und des Versuches, A. Hornung, berichtete verdrießlich und sehr gegen seinen Willen: »Das ausgegebene Notgeld war größtenteils schon nach wenigen Tagen wieder in der Gemeindekasse und konnte erneut für Zahlungen verwendet werden. Die Gemeindekasse war mithin in der Lage, im Ausmaße des Rückflusses der Arbeitsbestäti-

gungen ihre fälligen Schulden an die Gemeindegemeindeeinwohner zu bezahlen. Auch von ihnen kam das Geld bald wieder als Gegenwert von rückständigen Steuern und Abgaben herein, so daß man damit rechnen konnte, daß die 1600 Schilling Notgeld etwa zweimal wöchentlich durch die Gemeindekasse flossen.«

Zweimal wöchentlich – das macht 104 mal im Jahr: Ein Schilling in Arbeitswertscheinen zahlte somit jährlich 104 Schilling Steuern. Aber dazwischen ging er auch noch von Hand zu Hand und zahlte Waren oder alte Schulden. Aber das begriff jener Ängstliche nicht und es begriffen es auch einige Gelehrte nicht. Immerhin haben sie zur Erheiterung der Mitwelt beigetragen, wenn sie sagen: mit 1000 Schilling kann man ohne Falschmünzerei nicht 5100 Schilling in die Steuerkasse zahlen und mit 7440 Schilling kann man nicht 100 000 Schilling für Arbeitsbeschaffung aufbringen. Allerdings mit den gewöhnlichen Schillingen ging es und geht das recht oft nicht! Aber es geht mit dem Freigeld.

Der Wohlfahrtsausschuß gab folgende Beträge in Arbeitsscheinen an die Gemeindekasse ab:

am 31.7.1932	Sch. 1600,-
am 6.8.1932	500,-
am 6.8.1932	100,-
am 20.8.1932	2300,-
am 28.8.1932	1300,-
am 2.9.1932	1500,-
am 17.9.1932	1200,-
Summe Schilling	8500,-



Das Experiment von Wörgl

Das Experiment von Wörgl war ein praktischer Versuch, die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell umzusetzen. Er wurde nach eineinhalb Jahren von staatlicher Seite verboten. In der Zwischenzeit jedoch (1932/33) erlebte die Gemeinde Wörgl in Österreich mit ihrem Freigeldversuch einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung inmitten der Weltwirtschaftskrise.

»Freigeld ist ein Bargeld, das nie ohne Risiko oder Schaden gehamstert, thesauriert werden kann und stets in einer Menge im Umlauf erhalten wird, die dem Warenangebot entspricht, so daß seine Kaufkraft fest bleiben muss. Im Gegensatz zum heutigen Geld, dem Dauergeld, kann es also nie von Privaten ohne Risiko oder Schaden dem Umlauf entzogen und später nach Belieben wieder in den Umlauf gegeben werden.«

Fritz Schwarz



Aus dem Inhalt:

- Der Freigeldversuch in Wörgl 1932/33
- Wie man das Geld vor dem Gehamstertwerden schützen kann
- Schweizerische Nationalbank
- Ein Versuch mit Freigeld lag 1932 in der Luft!
- Michael Unterguggenberger erlebt als Bürgermeister von Wörgl die Weltwirtschaftskrise von 1929
- Wie die Krise 1929 gemacht wurde

- Unterguggenberger zieht Silvio Gesells »Natürliche Wirtschaftsordnung« zu Rate
- Eine entscheidende Sitzung des Wohlfahrtsausschusses in Wörgl
- Ein politisches Meisterstück
- Nothilfeprogramm! – das Reglement
- Die Geldausgabe in Wörgl
- Die »Deckung« des Wörgler Geldes
- Was berichten die Augenzeugen?
- Die Ausbreitung des Freigeldes in Österreich
- Die Österreichische Nationalbank geht gegen Wörgl vor
- Die Wissenschaft zum Wörgler Experiment
- Das Ende – und ein Anfang

Fritz Schwarz: **Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise**
Synergia Verlag, 9. Auflage 2019, 92 S. m. Abb., kartoniert,
ISBN: 978-3-9810894-5-5, Preis: 10,01 €
Bestellbar im Internet unter:
<https://synergia-verlag.ch>

Die Summe wurde nicht einmal gebraucht. (Der Höchststand der ausgegebenen Arbeitswertscheine war 7 443,- im November 1932.)

Wie lächerlich – so denkt der Bürger, der nichts von der Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes für die Wirtschaft ahnt – wie lächerlich klein sind doch diese Summen! Aber was ist mit Hilfe dieser Summen möglich geworden!

Die mit Freigeld finanzierten Arbeiten

Mit Hilfe der bei der Gemeinde eingehenden Rückstände, die jetzt bezahlt werden konnten, mit Zuschüssen aus der Arbeitslosenfürsorge und aus dem Notstandskredit des Bundes im Betrag von 12000 Schilling konnte das vorgesehene Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt werden. Die ursprünglich vorgesehenen Beträge konnten sogar weit überschritten werden. Hans Burgstaller darüber:

»Das erste Bauvorhaben wurde am 11. Juli 1932 begonnen. Es umfaßte die Kanalisierung der Jahnstraße und Brixentalerstraße, die Straßenarbeiten an der oberen und unteren Bahnhofstraße, am Kirchplatz und an der Schachtnerstraße, sowie die Asphaltierung dieser Straßen mit Ausnahme der Brixentaler- und Schachtnerstraße. Die Arbeiten waren am 29. Oktober 1932 beendet. Der Gesamtaufwand betrug 31 222,42 Sch.

Das zweite Bauprogramm umfaßte die Asphaltierung der Schachtner- und der Brixentalerstraße, die Ausgestaltung der Premstraße, sowie die Rohr- und Randsteinerzeugung auf Lager.

Der Gesamtaufwand betrug 43 385,61 Sch.

Außer diesen Arbeiten wurden noch durchgeführt:

- Asphaltierung Premstraße und des Hauptschuleingangs 1 618,00 Sch.
- Verschiedene Straßen- und Wegbauten außerhalb des Ortes 6 770,00 Sch.
- Kanalisierung des Gemeinde- und Volksschulhauses 1 201,10 Sch.

Die normalen Erhaltungsarbeiten an Straßen und Wegen, die im Rahmen der Notstandsarbeiten geleistet wurden, betrugen rund 9000,- Schilling. Für den Bau einer neuen Sprungschanze wurden 500 Arbeitsschichten aufgewendet, eine Notstandsküche eingerichtet, ein Waschhaus und Holzhaus zur Gemeindemühle errichtet. Für diese Arbeiten betrugen die Baukosten ca. 4 000,00 Sch.

Eine weitere Folge der Notstandsarbeiten ist die Umgestaltung der Bahnhofszufahrtsstraße, die in ihrer verbreiterten Form, der neugeschaffenen modernen Beleuchtung und den anschließenden Parkanlagen jedem Besucher Wörgls schon beim Eintritt in den Ort beredtes Zeugnis von der »Wörgler Aktion« gibt. Diese Arbeiten verursachten einen Kostenaufwand von ca. 5 000 Sch.

Für die Notstandsarbeiten wurde daher aufgewendet ein Gesamtbetrag von 102 197,13 Sch.

Die Lohnzahlung für diese Arbeiten erfolgte ausschließlich in Arbeitswertscheinen. Sie wanderten von der Gemeinde zum Baumeister, vom Baumeister zum Arbeiter, von diesem zum Händler oder Erzeuger und wieder zurück.«



Im Frühjahr 1933 wurde die Müllnertalbrücke mit Wörgler Freigeld erbaut: Bürgermeister Michael Unterguggenberger (2.v.r.) bei der Baustellenbesichtigung.

Film und Doku

»Das Wunder von Wörgl«



Mit hochkarätiger Besetzung feierte ein Film über das freiwirtschaftliche Geldexperiment von Wörgl am 15. November 2018 im Cineplexx Wörgl Premiere.

Tirol, Anfang der 1930er Jahre: Michael Unterguggenberger, der neue Bürgermeister der Gemeinde Wörgl, muss seinen Heimatort vom finanziellen Kollaps retten. In Folge der Weltwirtschaftskrise stehen viele Menschen ohne Arbeit da, gleichzeitig beginnt der Aufstieg von Nationalismus und Antisemitismus. In dieser schier ausweglosen Situation wagt Unterguggenberger ein Experiment: Er drückt für die Bürger seiner Gemeinde eigenes Geld. Mit diesen umlaufgesicherten »Arbeitswertscheinen« führt er Wörgl zu Vollbeschäftigung und Wohlstand. So saniert er nicht nur Wörgl, sondern weckt Hoffnungen in der ganzen Welt: in Deutschland, Frankreich und selbst in den USA. Doch hat Unterguggenberger die Rechnung ohne die Nationalbank gemacht. Die stellt ihn vor Gericht und lässt seinen Versuch verbieten.

Das Wunder von Wörgl wurde von September bis November 2017 teils an Originalschauplätzen gedreht. Die Regie führte der Schweizer Urs Egger, u.a. mehrfacher Grimme-Preisträger und für *Der Fall Bruckner* für die »Beste Regie« der Deutschen Akademie für Fernsehen ausgezeichnet. Das Drehbuch wurde nach jahrelanger Recherche von dem Österreicher Thomas Reider erstellt.

Die Premiere erfolgte am 15. November 2018 im Cineplexx Wörgl. Als Gäste waren unter anderem Lia Rigler, die mittlerweile 92-jährige Tochter von Michael und Rosa Unterguggenberger, und Veronika Spielbichler vom Unterguggenberger Institut Wörgl dabei. Im SRF wurde das Drama am 1. Dezember erstmals ausgestrahlt, im ORF2 am 8. Dezember.



Die hochkarätige Besetzung trug vermutlich mit zum bisherigen Erfolg bei. Der Film erreichte schon über eine Million Zuschauer in der Schweiz und Österreich. Karl Markovics übernahm die Rolle des Bürgermeisters von Wörgl, Michael Unterguggenberger. Aktuell war dieser auch als Samuel Katelbach in der Serie *Babylon Berlin* im Ersten zu sehen, die – zeitlich etwas vor den Wörgler Ereignissen – in Berlin am Ende der 1920er Jahre spielt, als sich wegen der zunehmenden wirtschaftlichen Probleme sowie des daraus resultierenden Erstarkens und der wieder zunehmenden Radikalisierung der extrem rechten und linken Organisationen bereits das Scheitern der Weimarer Republik abzeichnete.

Verena Altenberger, die unter anderem am Wiener Burgtheater und am Volkstheater Wien spielte, übernahm die Rolle von Unterguggenbergers Frau Rosa. Altenberger wird ab 2019 in der Rolle der Hauptkommissarin Elisabeth Eyckhoff in der Kriminalfilmreihe *Poli-zei-ruf 110* in München ermittelt.

Das Budget des Films betrug laut Fernsehfonds über 3,5 Mio. Euro. Produziert und gefördert wurde der Film von Institutionen aus vier und Sendern aus fünf Ländern.

Kurzfristig erhielt Thomas Reider auch noch die finanzielle Unterstützung, um eine ergänzende Dokumentation erstellen zu können. Bei »Der Geldmacher – Das Experiment des Michael Unterguggenberger« schrieb Reider nicht nur das Drehbuch, sondern führte auch selbst die Regie. Die 43-minütige Doku wurde erst kurz vor der Erstaussstrahlung am 8. Dezember 2018 um 21.55 Uhr im ORF2 fertiggestellt. Im Interview äußern sich unter anderen Veronika Spielbichler (Unterguggenberger Institut Wörgl), Christian Gelleri (Chiemgauer) und die Ökonomen Stephan Schulmeister (»Seitdem es Kapitalismus gibt... hat es immer wieder Phasen gegeben, die sich am Grundsatz orientiert haben: »Lassen wir unser Geld arbeiten«. Sie endeten immer in ökonomischen Katastrophen... Geld arbeitet nicht. Was arbeitet sind Menschen mit Maschinen.«) und Gerhard Senft (Autor von »Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft«). Auch der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, Ewald Nowotny, äußert sich zum Wörgler Experiment, aller-

dings in einer Weise, die zeigt, dass die ÖNB seit dem Verbot des Wörgler Freigelds im Jahr 1933 bis heute nicht allzu viel dazugelernt hat.

Das Wunder von Wörgl

Epo-Film in Koproduktion mit *FreibeuterFilm* und *Film-Line*.

Produzenten: Dieter Pochlatko, Jakob Pochlatko, Arno Ortmaier, Oliver Neumann
Schauspieler: Karl Markovics, Verena Altenberger, Aaron Friesz, Gerhard Liebmann, Andreas Lust, Harald Windisch u.a.

Kamera: Lukas Strebel

Drama, HD 90 min.

Senderbeteiligung: ORF, BR, ARTE, SRF, Rai Bozen
gefördert von: Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, Cine Tirol, Land Niederösterreich, FFF Bayern

Weiterführende Literatur

Fritz Schwarz' Broschüre »Das Experiment von Wörgl« (siehe S. 6-7) ist ein tolles Zeitdokument aus dem Jahr 1951. Weit umfangreicher und detaillierter recherchiert ist das Buch »Schwundgeld« von Dr. Wolfgang Broer, erschienen im Studienverlag, erstmals 2007 und in Neuauflage 2013. Der Historiker Broer forschte in vielen Archiven und hat als erster den gesamten Schriftverkehr von Michael Unterguggenberger durchgearbeitet.



Wolfgang Broer: Schwundgeld. Michael Unterguggenberger und das Wörgler Währungsexperiment 1932/33, Studienverlag, 414 Seiten, Preis: 44.90 €, ISBN: 978-3-7065-5298-1

Der Autor: Wolfgang Broer, Dr., Historiker und Publizist, langjähriger Redakteur der Tageszeitung »Kurier«, Osteuropa-Korrespondent deutscher Zeitungen und Rundfunkanstalten, Chefredakteur des a3-Wirtschaftsverlags. Zahlreiche Bücher und Beiträge in Fachzeitschriften zu zeitgeschichtlichen, osteuropäischen und verschiedenen wirtschaftlichen Themen.

Austausch der Geldreformer beim »Geldwende«-Treffen

Am 9. und 10. November haben sich in der Berliner Filiale der GLS Bank beim »Geldwende-Konvergenztreffen« 18 VertreterInnen der verschiedenen deutschen Geldreform-Bewegungen zusammengefunden. Uns eint eine gemeinsame Vision.



Organisiert und moderiert von Lino Zeddies und Oliver Sachs, war das Ziel der Veranstaltung, in einem konstruktiven Austausch Vertrauen und Verbindungen entstehen zu lassen und Synergien in Form von Projekten, Kooperationen und Bündnissen zu heben.

Die verschiedenen Bewegungen, die sich in Deutschland für ein nachhaltig-gerechtes Geld- und Finanzsystem im Dienst der Gesellschaft einsetzen, haben bisher häufig nicht an einem Strang gezogen und Unterschiede betont, statt auf Gemeinsamkeiten zu schauen. Da der erhsehnte große Wandel des Geldes so zersplittert nicht gelingen kann, sollte die Veranstaltung daher einen fruchtbaren Austausch zwischen den Menschen der verschiedenen Bewegungen schaffen, um Gemeinsamkeiten, Schnittmengen und gemeinsame Positionen unter Würdigung der Unterschiedlichkeiten und Vielfalt zu finden.

Vertrauen schaffen

Im Gegensatz zu den üblichen Fachtagungen war der Ansatz dieser Veranstaltung, den intellektuell-fachlichen Austausch fürs Erste in den Hintergrund zu stellen und stattdessen mit verbindenden Methoden und ausreichend Zeit ein vertrauensvolles Umfeld zu schaffen, um sich auf einer tieferen Ebene persönlich kennenzulernen, gemeinsame Werte und

Ideale hervorzuheben und die gemeinsamen Träume und Utopien zu erkennen. Anwesend waren 18 Vertreterinnen und Vertreter verschiedenster Bewegungen für ein nachhaltig-gerechtes Geld- und Finanzsystem – von Vollgeld über Modern Monetary Theory, Freiwirtschaft, ethisches Banking, Regional- und Komplementärwährungen bis hin zu Kryptowährungen.

Entsprechend wurden nach einer Begrüßung vier Ebenen der Kommunikation aus der Theory U vorgestellt, mit dem Ziel, für die nächsten zwei Tage vor allem die Herzens- und Emergenzebene dazuzuholen. Es folgte ein methodisch abwechslungsreicher Tag mit Austausch in Kleingruppen über persönliche Verletzungen durch Geld, kurzen Meditationen, einer Methode aus der Tiefenökologie zum Hineinversetzen in die eigenen Nachfahren, Improtheater-Spielen zum Auflockern und »Council«-Gesprächsrunden. Der »Graphic-Recorder« Robin Hotz hat diesen Prozess mit Leichtigkeit sichtbar gemacht.

Gemeinsame Vision

Sehr fruchtbar war vor allem der Austausch über die erhsehnte Vision von Gesellschaft und Geldsystem. Dabei herrschte Einigkeit über das gemeinsame Ziel eines nachhaltigen und demokratischen Geldsystems, das allen Menschen und deren Potenzialentfaltung dienen sollte, Zeitwohlstand schafft und eine Vielfalt

an Lebensentwürfen und Kulturen ermöglicht. Wie das Blut im menschlichen Körper, muss auch das Geld alle gesellschaftlichen Organe ausreichend versorgen und nicht, wie bisher, viele Bereiche stark unterversorgen und gleichzeitig den Finanzsektor massiv überversorgen. Insbesondere das Erkennen dieser gemeinsamen übergeordneten Vision erzeugte eine große Verbundenheit und Annäherung der Anwesenden.

»Wir sind alle zusammen schöpferisch in Beziehung gekommen: Nicht alleine durch den Austausch von Ideen und Gedanken, vielmehr durch die Möglichkeit mit uns selbst und den Anwesenden in einen herzlichen und tiefen Austausch zu kommen. Wir haben uns auf unterschiedlichen Ebenen aufeinander zubewegt. So gesehen ist der Weg zu einer neuen Geldordnung voll im Gange.«

Hanjo Achatzi, Regios eG

Am Samstag wurde es konkreter und nach einem Austausch zur allgemeinen Befindlichkeit als Geldreform-AktivistInnen wurden aktuelle Projekte der verschiedenen Organisationen und Personen vorgestellt. Darauf aufbauend entstanden viele neue Verbindungen und Kooperationsmöglichkeiten. Zum Abschluss wurde noch eine systemische Aufstellung zu Hindernissen für die Geldreformbewegung durchgeführt, welche überraschende Impulse brachte. Bei der gemeinsamen Abschlussrunde gab es sehr positives Feedback und Einigkeit, dass diese Form des Austauschs unbedingt fortgesetzt werden müsse, beim nächsten Mal dann mit dem inhaltlichen Austausch im Vordergrund.

Es ist zu hoffen, dass die Veranstaltung der Startschuss für ein neues Miteinander der verschiedenen Geldreform-Bewegungen in Deutschland gewesen ist und die Geldreformer für die dringend notwendigen Veränderungen im Geld- und Finanzsystem bald eine gemeinsame Stimme in der Öffentlichkeit finden werden.

Abschließend danken wir der GLS Treuhand Stiftung, deren finanzielle Unterstützung diese Tagung ermöglicht hat.

Lino Zeddies

Grundsteuerreform: Scholz' mutloser Wurf

Am 28. November 2018 präsentierte Olaf Scholz sein neues »wertabhängiges« Grundsteuermodell den Länderfinanzministern. Doch auch das wertunabhängige Flächenmodell bleibt für den Bundesfinanzminister offenbar im Rennen. Haben wir nur die Wahl zwischen zwei Übeln?

Das neue Konzept von Scholz führt die Logik der alten Einheitswerte fort: Im Grundsatz kommt ein Ertragswertmodell (»Mietwertmodell«) zur Anwendung. Für selbstgenutztes Wohneigentum werden Durchschnittsmieten zugrunde gelegt. Für bestimmte Grundstücke, für die sich keine Miete feststellen lässt (z.B. Fabrikgrundstücke) wird ersatzhalber ein Sachwertverfahren angewendet. Sonderregelungen soll es für Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft geben. Weil das neue Modell den konzeptionellen Rahmen des alten Einheitswertmodells nicht verlässt, ist möglicherweise auch keine Grundgesetzänderung nötig, welche dem Bund die Kompetenz für eine Neuregelung zuweist – was bei allen anderen Modellen (das von der Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« favorisierte Bodenwertmodell eingeschlossen) auf jeden Fall erforderlich wäre.

Als Alternative brachte Scholz das wertunabhängige Flächenmodell ein, in das nur die Boden- und Gebäudefläche eingehen, die mit unterschiedlichen Äquivalenzzahlen gewichtet werden. Eine geringwertige Immobilie in einer schlechten Stadtrandlage würde hier genauso hoch besteuert wie eine hochwertige Immobilie in bester zentraler Lage, wenn nur die Fläche dieselbe ist. Dies entspricht dem Wunsch der Immobilienwirtschaft, die ihre Investitionen überwiegend in den besten Lagen tätigt. Das Flächenmodell wird mittlerweile auch von weiten Teilen der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion unterstützt. Ursprünglich vertrat auch Scholz in seiner Rolle als Erster Bürgermeister von Hamburg zusammen mit Bayern dieses Modell, musste aber wohl feststellen, dass weite Teile der eigenen SPD hier nicht mitziehen wollten. Diese befürwortet ein wertabhängiges Modell.

Bezeichnenderweise fehlte in den von Scholz angebotenen Alternativen die Bodenwertsteuer.

Technische Aspekte des Mietwertmodells

Die Neubewertung soll Pressemitteilungen zufolge im Mietwertmodell wohnungsscharf stattfinden.¹ Sollte dies tatsächlich zutreffen,

wären statt der bisherigen 36 Mio. wirtschaftlichen Einheiten dann ca. 42 Mio. Wohnungen zu erfassen. Hinzu kommen ca. drei Mio. wirtschaftliche Einheiten mit Nicht-Wohnnutzungen sowie land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen.

Das Modell wird nur innerhalb der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist (maximal Ende 2024) einzuführen sein, wenn die Immobilieneigentümer Steuererklärungen ausfüllen und abgeben. Hierbei werden im

Hintergrund

Im Frühjahr hatte das Bundesverfassungsgericht die gegenwärtige Bemessungsgrundlage der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Es gewährte eine zweistufige Frist für die Reform. Das neue Gesetz muss bis Ende 2019 verabschiedet sein, die Umsetzung muss spätestens bis Ende 2024 geschehen sein. Das bisher von der Mehrzahl der Bundesländer favorisierte »Kostenwertmodell« gilt mittlerweile als politisch tot, da es ebenfalls im Verdacht der Verfassungswidrigkeit stand und innerhalb des zeitlich vorgegebenen Rahmens möglicherweise nicht umzusetzen gewesen wäre.

Wesentlichen zwei grundstücksbezogene Daten (Bodenwert und Bodenfläche) und drei gebäudebezogene Daten abverlangt. Die bodenbezogenen Daten dürften durch den Steuerpflichtigen unkompliziert zu ermitteln sein oder im besten Fall vom Finanzamt bereits vorausgefüllt werden. Anders bei den gebäudebezogenen Daten:

- **Die Nettokaltmiete soll grundsätzlich so gemeldet werden, wie sie erhoben wird.** Nun kann die Nettokaltmiete aber erheblich vom marktüblichen Niveau abweichen. Manchmal liegt sie darüber, manchmal

wesentlich darunter. Letzteres will Scholz tolerieren, da er »sozial verantwortliche« Mietverhältnisse nicht steuerlich belasten will. Damit belastet er die Grundsteuer mit einer sozialen Lenkungsfunktion, noch dazu auf einer dafür gänzlich ungeeigneten Ebene (Bemessungsgrundlage); die folgerichtige Umsetzung der Belastungsentscheidung könnte hierdurch infrage gestellt sein. Allerdings kann die Grundsteuer nach § 2 der Betriebskostenverordnung (BetrKV) vom Vermieter auf den Mieter umgelegt werden. Dies bedeutet, dass diejenigen, die das Glück eines sozial eingestellten Vermieters besitzen, darüber hinaus auch noch die Wohltat einer vergleichsweise niedrigen Steuerbelastung erhalten. Für diejenigen hingegen, die schon von ihrem Vermieter rücksichtslos zur Kasse gebeten werden, wird es umgekehrt noch teurer. Wie dies Gentrifizierungsprozesse verhindern soll, bleibt bis auf Weiteres das Geheimnis von Herrn Scholz. Derzeit werden zwar außerhalb der offiziellen Verlautbarungen noch Differenzierungsmöglichkeiten bei den Grundsteuerhebesätzen diskutiert; dies dürfte aber verfassungsrechtlich höchst bedenklich sein, da die folgerichtige Umsetzung des Belastungsgrundes (durch die Immobilie vermittelte Leistungsfähigkeit) dadurch ebenfalls konterkariert würde.

Für selbstgenutzte Wohnungen wird eine fiktive Durchschnittsmiete angesetzt, was im Vergleich zu Mietwohnungen teils von Vorteil, teils von Nachteil sein kann. Es können sich deutlich andere Ansätze als bei den tatsächlich gezahlten Mieten ergeben. Wird eine Mietwohnung zur Eigentumswohnung (und vice versa), ändert sich die Höhe der Grundsteuer.

- **Die nächste Information wird bezüglich der Wohnfläche verlangt. Es existieren diverse Vorschriften zur Wohnflächenberechnung.** Bewertungssachverständige ermitteln die Wohnfläche i.d.R. wohnwertabhängig; maßgeblich ist die Wohnflächen- und Mietwertrichtlinie.² Beim derzeit noch angewandten steuerlichen Ertragswertverfahren wird die Wohnfläche hingegen auf Grundlage der §§ 42 bis 44 der Zweiten Berechnungsverordnung – II. BV – ermittelt. Die Identifikation der Differenzen zwischen beiden Be-

Flächensteuer

Mietwertsteuer

Was hat Olaf Scholz vor? Wandelt sich der Befürworter einer eigentümerfreundlichen Flächensteuer zum angeblichen Mietpreisdämpfer mittels einer Mietpreissteuer? Beide Grundsteuer-Modelle sind unbefriedigend und nicht zeitgemäß..

rechnungsarten ist komplex und erfordert eine Menge Sachverstand. Die Finanzbehörden wenden hier ein, dass die Steuerpflichtigen ja die Wohnfläche aus ihren alten Einheitswertbescheiden schon entnehmen können.³ Allerdings dürften seit der letzten Erfassung in sehr vielen Fällen bauliche Veränderungen (z. B. Ausbauten von Dach- oder Kellergeschossen) vorgenommen worden sein, von denen – mangels Wissen des Steuerpflichtigen – nicht alle dem Finanzamt gemeldet wurden, und die z.T. auch gar nicht meldepflichtig waren. Beim ersatzweise anzuwendenden Sachwertverfahren ist es sogar noch wüster: Hier beziehen sich gegenwärtig die Maße in den Einheitswertbescheiden zwar auf die DIN 277, allerdings aus derjenigen aus dem Jahr 1950. Es gibt mittlerweile kaum noch Bewertungssachverständige, die diese anzuwenden wissen. Allein die zutreffende Ermittlung der Flächen ist also alles andere als trivial. Die Finanzbehörden wenden hiergegen ein, dass auch andere Steuern (wie z.B. die Umsatzsteuer oder die veranlagte Einkommensteuer) im Wege der Selbstveranlagung erhoben würden. Die Behörden wären auch hier darauf angewiesen, erst einmal den Steuerpflichtigen zu »glauben«, um dann im Einzelfall Kontrollen vorzunehmen. Nicht anders verhielte es sich auch bei der Grundsteuer. Allerdings werden die erhöhten Anforderungen an die Steuererklärung bei den genannten Steuern i.d.R. solchen Steuerpflichtigen auferlegt, die unternehmerisch tätig sind. Diese haben im Allgemeinen ein höheres Wissen bezüglich

der steuerlichen Regelungen als der Ottonormalbürger, und können sich auch einen Steuerberater eher leisten. Dies ist zumindest bei der Mehrzahl der Eigentümer von Wohngebäuden aber nicht ohne weiteres der Fall.

• **Ein großes Problem stellt auch das Baujahr dar.** Das Mietwertmodell möchte sich dem Verkehrswert annähern. Bei der Verkehrswertermittlung wird jedoch i.d.R. eine wirtschaftliche Restnutzungsdauer und damit ein fiktives Baujahr angelegt. Ein im Jahre 1899 erstelltes Gebäude mag nämlich aufgrund der durchgeführten Renovierungen u.U. hervorragend in Schuss sein und noch weitere 70 Jahre seinen Dienst versehen. Ein im Jahre 1970 erstelltes Gebäude, das nicht instandgehalten und renoviert wurde, ist womöglich fast abrisssreif. Das im Mietwertverfahren erfasste tatsächliche Baujahr (das z.B. bei alten Gebäuden oder im Fall von im Laufe der Jahre hinzu gekommenen Anbauten ohnehin schwer bestimmbar ist) hat also nur eine sehr geringe Aussagekraft; seine Anwendung führt zu Verzerrungen gegenüber dem Verkehrswert. Eigentümer und Mieter von Alt-

bauten gelangen auf diese Weise gegenüber jenen von Neubauten zu einem generellen Grundsteuerrabatt, ohne dass dies sachlich gerechtfertigt werden kann. Die vom Bundesverfassungsgericht eingeforderte realitäts- und gleichheitsgerechte Bewertung dürfte so nicht sicherzustellen sein.

Es wird deutlich, dass v.a. die gebäudebezogenen Daten eine Menge Arbeit und Fragen aufwerfen. Schon derzeit sind mehrere Tausend Finanzbeamte mit der Grundsteuer beschäftigt. Im Rahmen des neuen Modells wird diese Zahl wohl deutlich aufzustocken sein – Steuerbeamte, welche die Finanzbehörden gegenwärtig einfach nicht haben. Steuereinnahmen und Verwaltungsaufwand drohen vollkommen außer Verhältnis zu geraten, selbst wenn ein großer Teil des reinen Datenermittlungsaufwandes auf den Steuerpflichtigen abgewälzt wird.

Die derzeitige Bemessungsgrundlage wurde am 10. April 2018 vom Bundesverfassungsgericht deswegen für verfassungswidrig erklärt, weil die vorgesehenen turnusmäßigen Hauptfeststellungen nicht durchgeführt wur-

- 1 M. Fabricius, Die komplizierteste Steuer aller Zeiten, Die Welt vom 27.11.2018. Online: <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/article184482018/Grundsteuer-Finanzminister-Scholz-macht-es-kompliziert.html>. In den bislang bekanntgewordenen BMF-Dokumenten ist davon allerdings nicht die Rede.
- 2 Hierzu s. den Kommentar von Sprengnetter (2010). Online: https://www.sprengnetter.de/fileadmin/Redakteur/2_Projekte_und_Services/Fachliteratur_und_Online-Medien/Leseproben_und_Inhaltsverzeichnis/Mietwertrichtlinie.pdf
- 3 So geschehen in der Podiumsdiskussion im Rahmen des 10. Bonner Symposiums für Immobilienbewertung am 29.11.2018.

den bzw. werden konnten; Niveau und Struktur der Einheitswerte hatten am Ende kaum mehr etwas mit den Verkehrswerten zu tun. Das Bundesfinanzministerium setzt nunmehr auf Automatisierung: Es hofft, in den Katasterämtern genügend Gebäudedaten ansammeln und diese den Finanzbehörden zugänglich machen zu können, so dass der nunmehr vorgesehene siebenjährige Hauptfeststellungszyklus auch tatsächlich durchgeführt werden kann. Es ist zwar nicht unmöglich, dass dies eines Tages tatsächlich einigermaßen vollständig gelingt, aber es ist zumindest auf absehbare Zeit unsicher.

Zudem ist davon auszugehen, dass im Laufe der Zeit erhebliche Rechtskonflikte zwischen Steuerpflichtigen und Finanzbehörden auftauchen, wenn Letztere erst einmal in der Lage sind, aufgrund der EDV-mäßigen Verschneidung mit den Katasterbehörden die Angaben der Steuerpflichtigen kontrollieren zu können. Bis dahin droht ein strukturelles Vollzugsdefizit, was die Verfassungskonformität zumindest in der Anfangsphase in Frage stellen könnte.

Eine Bodenwertsteuer hingegen würde auf den schon in der Katasterverwaltung vorhandenen Bodenrichtwerten und Grundstücksflächen aufbauen. Eine digitale Vernetzung der Steuer- und der Katasterbehörden wäre leicht herzustellen. Sollten jedoch tatsächlich Steuererklärungen nötig sein, wären diese mit minimalem Aufwand von den Steuerpflichtigen zu erstellen und von den Finanzbehörden zu kontrollieren. Sonderregelungen für Nicht-Wohnnutzungen sowie Land- und Forstwirtschaft wären nicht nötig.

Wirtschaftliche und soziale Aspekte

Von noch größerer Bedeutung als diese technischen Aspekte sind jedoch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Mietwertmodells:

- **Umlage der Grundsteuer und bezahlbares Wohnen**

Unmittelbar dürfte das Wohnen in den Ballungsgebieten noch teurer werden, wenn es dabei bleibt, dass die Grundsteuer auf die Mieter umgelegt wird. Viele Vermieter sind hier professionelle Wohnungsunternehmen, die schon heute aus den Mietverhältnissen das Maximum herauszuholen trachten. Bei der Bodenwertsteuer wäre jedoch die Umlage nach § 1 Betriebskostenverordnung (BetrKV) rechtlich wahrscheinlich gar nicht mehr möglich. Nach § 1 BetrKV entstehen Betriebskosten durch den bestimmungsgemäßen Gebrauch des Gebäudes und des Grundstücks. Die Bodenwertsteuer belastet aber ein ungenutztes Grundstück genauso wie ein optimal

genutztes Grundstück – nämlich nicht entsprechend seiner tatsächlichen Bebauung, sondern nach seiner potenziellen Bebaubarkeit. Die Bindung zum bestimmungsmäßigen Gebrauch insbesondere des Gebäudes ist daher so lose, dass die Umlagefähigkeit infrage steht. Der ehemalige Berliner Staatssekretär und Rechtsanwalt K.-M. Groth⁴ hierzu: »Im gegenwärtigen Grundsteuersystem ist sie (die Grundsteuer, d. Verf.) mit der Vermietung strukturell nur insoweit verbunden, wie sich ihre Höhe an dem Vorhandensein eines vermietbaren Gebäudes und dessen Wert orientiert. Im Rahmen einer Bodenwertsteuer würde dieser Zusammenhang vollständig fehlen, weil diese unabhängig von einem vermietbaren Gebäude allein auf den Bodenwert erho-



Bundesfinanzminister Olaf Scholz, hier bei der Veranstaltung »BMF im Dialog«

ben würde. Dieser orientiert sich zwar auch an den planungsrechtlichen Nutzungsmöglichkeiten, setzt aber deren Realisierung nicht voraus.« Zudem handelt es sich bei der Bodenwertsteuer nach Groth auch um »keine ›Bezahlung‹ irgendeiner Leistung, die dem Mieter zu Gute käme.«

- **Investitionsbremse**

Wirtschaftlich dürfte beim Mietwertmodell trotz der Umlagefähigkeit ein Teil der Steuererhöhungen bei den Vermietern hängenbleiben. Die Zahlungsfähigkeit der Mieter ist begrenzt, und sie haben aufgrund der Steuerreform nicht mehr Geld in der Tasche. Höhere umgelegte Grundsteuern bedeuten daher ein geringeres Potenzial für die Vermieter hinsichtlich künftiger Mieterhöhungen. Dies drückt auf die Rentabilität der Investitionen und verhindert die Schaffung zusätzlichen Wohnraums gerade in den großen Städten, wo er am dringendsten benötigt wird.

Bei der Bodenwertsteuer trägt zwar auch der Eigentümer die Steuer. Dennoch wird die Rendite neuer Projekte nicht belastet, da die kapitalisierte Bodenwertsteuer auch zu einer entsprechenden Dämpfung der Anschaffungskosten für Grund und Boden führt. Die

Rentabilität von neu erstellten Projekten wird somit nicht beeinträchtigt.

- **Städtebauliche Konsequenzen**

Schließlich entsteht beim Scholz-Modell kein Anreiz, die Setzungen der Planung zu befolgen. Gibt der Bebauungsplan beispielsweise die bauliche Ausnutzbarkeit »Geschossflächenzahl 1,0« vor und realisiert der Eigentümer lediglich »Geschossflächenzahl 0,4«, wird er mit einer geringeren Steuer belohnt. So entsteht weniger Wohnraum als gewollt ist und möglich wäre. Wenn keine Ausweisung von neuen Baugebieten in den Außenbereichen – auf Kosten der Umwelt und Natur – mehr möglich ist, schlägt sich die Verknappung wieder in höheren Mieten nieder. Da schließlich im Rahmen des Mietwertmodells der größte Teil der Steuer durch die aufstehenden Gebäude generiert wird, entfällt vor dem Hintergrund der angestrebten Aufkommensneutralität entsprechend weniger auf ungenutzte Grundstücke. Auch wenn die Steuer für ungenutzte Grundstücke formal genauso wie bei der Bodenwertsteuer errechnet wird, werden ungenutzte Grundstücke daher nur relativ moderat belastet.

Die Bodenwertsteuer hingegen besteuert unter- und ungenutzte Grundstücke genauso wie optimal genutzte. Der Eigentümer hat somit einen Anreiz, sein Grundstück einer optimalen Nutzung zuzuführen.

Resümee

Bundesfinanzminister Scholz stellte am 28. November 2018 die Länderfinanzminister vor die Wahl zwischen zwei Übeln:

- Auf der einen Seite das oben dargestellte, von den Sozialdemokraten – und offenbar auch von Olaf Scholz selbst – favorisierte Mietwertmodell, welches die gegenwärtigen Einheitswerte gewissermaßen aktualisiert und damit das gegenwärtige System fortführt, allerdings zumindest mit verfassungsrechtlichen Zweifeln belastet.
- Auf der anderen Seite das extrem ungerechte, aber von den Unionsparteien favorisierte Flächenmodell, das Werte vollkommen außer Acht lässt und im klaren Verdacht der Verfassungswidrigkeit steht.

Bezeichnenderweise befand sich die Bodenwertsteuer nicht im Angebot des Finanzministers. Zeitungsmeldungen zufolge haben sich bislang nur vier von 16 Länderfinanzministern dem Mietwertmodell angeschlossen. Der sich abzeichnende Konflikt innerhalb der Koalition dürfte durchaus das Potenzial für eine neue Regierungskrise in sich tragen. Zumal die Zeit schon weit fortgeschritten ist, droht die Aussetzung der Grundsteuer – und damit der zweitwichtigsten Steuerquelle für die Kommunen –, wenn eine rasche Einigung nicht möglich ist.

Dirk Lühr und Ulrich Kriese

⁴ Groth, Grundsteuerreform und soziales Mietrecht. Stellungnahme zur rechtlichen Überwälzbarkeit einer Bodenwertsteuer für die Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!«. Online: http://www.grundsteuerreform.net/wp-content/uploads/2018/09/180827_GGSC.pdf

Was ist der Boden wert? – eine Erklärung in 10 Punkten



Steigende Bodenwerte –
Kehrt der Feudalismus zurück?



1. Seit die Zinsen gegen null und darunter gesunken sind, lassen sich am klassischen Kapitalmarkt immer schwerer leistungslose Einkommen erzielen. Nur Boden liefert seinen Eigentümern zuverlässige leistungslose Einkommen, die – im Gegensatz zu den klassischen Kapitaleinkommen – umso höher ausfallen, je mehr Beschäftigte es gibt und je besser die Arbeit entlohnt wird.
2. Der Kapitalismus kehrt so mit den sinkenden Zinsen und sinkenden Wachstumsraten zu seinen Wurzeln zurück. Er zeigt wieder die ersten Züge seiner alten feudalistischen Ausprägung. Nur ist es ein neuer Grundadel, der sich auf städtischen, nicht auf landwirtschaftlichen Grundbesitz stützt.
3. Der neue Grundadel lebt nicht mehr von den Kräften der Natur. Er lebt von hohen Mieten, die durch kommunale und staatliche Infrastruktur erst möglich wurden. Er ist der wahre Nutznießer einer guten, staatlich finanzierten Infrastruktur. Er ist der Nutznießer von branchenübergreifenden Industrie- und Dienstleistungsclustern, von Ballungsräumen und Verkehrsknotenpunkten.
4. Der Wert städtischer Böden unterscheidet sich stark – je nach Verkehrsanbindung, nach Straßenzug, nach Aufenthaltsqualität, nach Nachbarschaft, nach Bebauungsdichte... –, deutlich stärker als in der Landwirtschaft. Der Wert des Bodens kann heute in einem Wort zusammengefasst werden: Lage. Die Lage bestimmt den Wert des Bodens.
5. Aus dem Wert des Bodens speist sich sein leistungsloses Einkommen: die Bodenrente. Deren potentielle Höhe bestimmt sich durch seine Lage. Nutzt ein Bodeneigentümer die planerischen Vorgaben aus, kann er eine dem Wert der Lage entsprechende Bodenrente erzielen.
6. Bodenrenten, die nicht das Potential der Lage widerspiegeln, sind auf eine willentliche oder unabsichtliche Vernachlässigung der Bodennutzung zurückzuführen. Solche unzureichenden Nutzungen wirken spekulativ und erhöhen im allgemeinen die Bodenrenten in der näheren oder weitläufigeren Nachbarschaft.
7. Die Besteuerung des Bodenwertes verringert die potentielle Bodenrente. Mit dieser Steuer lässt sich, statt der leistungslosen Einkommen der Bodenrentner, die Infrastruktur finanzieren. Ein Abschöpfen der Bodenrente zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit: Es folgt dem Verursacherprinzip.
8. Wer seinen Boden – absichtlich oder aus Vernachlässigung – ungenutzt lässt, spekuliert de facto mit Boden. Jeder Bodeneigentümer hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, seinen Boden entsprechend den planerischen Vorgaben zu nutzen. Eine Bodenwertsteuer besteuert daher auch die Bodenspekulation.
9. Je höher die Bodenwertsteuer, desto niedriger der verbleibende Bodenwert nach Steuer. Die Kommune bzw. der Staat können so günstiger Grund und Boden kaufen und für die Allgemeinheit nutzbar machen: Sei es für die Bereitstellung günstiger Mietwohnungen, zur Verpachtung an Unternehmer oder Investoren oder für andere eigene oder öffentliche Zwecke.
10. Jede Form von Besteuerung, die sich nicht vollständig am Bodenwert orientiert, belastet – in recht unterschiedlichem Maße – die darauf stehenden Gebäude. Eine solche Bebauungssteuer schützt die Besitzer guter Lagen. Nur eine Bodenwertsteuer – in ausreichender Höhe – kann uns vor der Refeudalisierung unserer Gesellschaft wirksam schützen. Bodenrecht ist Menschenrecht. Privates Bodeneigentum ist (Neo-)Feudalismus.

Der Herr Finanzminister Scholz hat nun endlich seinen Vorschlag für eine reformierte Grundsteuer vorgelegt. Seine Freunde von der Elbchaussee wird's gefreut haben.

Vlado Plaga

Man könnte Herrn Scholz für seinen Vorschlag zur Reform der Grundsteuer Dummheit vorwerfen. Doch das wäre zu kurz gegriffen: Er ist schlicht der bestplatzierte Lobbyist der Eigentümerlobby.

Klaus Willemsen

Danke, Olaf Scholz, für Ihren Vorschlag zum Bürokratieraufbau!

Beate Bocking

Entstanden ohne Menschenhand. Seinen Wert finanzierten Staat, Stadt und Gesellschaft. Sein Gewinn fließt in private Taschen. – Das ist unser Boden, auf dem wir alle leben!

Fritz Andres

Solange der Staat die private Bodenrente schützt, solange bleibt Demokratie Heuchelei. Wer von Menschenrechten und nicht zugleich über Bodenrechte spricht, ist ein Lügner, Heuchler oder Dummkopf.

Matthias Klimpel

Ein gerechtes und effizientes Steuersystem braucht zunächst eine gerechte und effiziente Grundsteuer: die Bodenwertsteuer.

Dirk Lörh

Grundsteuer nur auf den Bodenwert – das wäre die wichtigste und gerechteste Steuer.

Felix Fuders

Was tun? – 10 Schritte zu einer gerechteren Bodenordnung

Nehmt es Euch zu Herzen:

1. Empört Euch: Unser »Bodenrecht« ist Diebstahl.
2. Informiert Euch: David Ricardo, Henry George, Silvio Gesell oder Dirk Löhr: Der Ertrag aus dem Boden, die Bodenrente, ist keine private »Leistung«. Erste Infos auch unter »Grundsteuerreform.net« oder »INWO.de« oder im Reader (s. rechts).
3. Sammelt und konzentriert Euch. Lasst Euch nicht gleich von der nächsten »Baustelle« ablenken. Es lohnt, bei der Bodenfrage zu verweilen.

Fangt an:

4. Verlinkt Texte und Beiträge in den sozialen Medien.
5. Leitet E-Mails weiter oder retweetet entsprechende Posts.
6. Schreibt Forenbeiträge und Kommentare. Beim Spiegel, der SZ, der Tagesschau, der taz, der FR, der Welt, der FAZ...

Macht weiter:

7. Geht auf Veranstaltungen zum Bodenthema: Treffen von Mieterinitiativen, stadtplanerische Veranstaltungen, Recht auf Stadt-Treffen, Stadtrundgänge, Veranstaltungen zu Umweltthemen oder zur kommenden Europawahl usw. Diese Veranstaltungen müssen nicht immer thematisch perfekt passen.
8. Meldet Euch bei Diskussionen genau einmal mit einem Statement zu Wort. Auch das Statement sollte nur einen Punkt zum Thema haben. Beachtet: Weniger ist mehr, fokussiert ist immer besser als lang und breit – und Ihr müsst nicht perfekt sein. Das Schlimmste ist, aus Angst sich zu blamieren, stets nur zu schweigen.
9. Knüpft Kontakte mit Gleichgesinnten, Multiplikatoren und Entscheidungsträgern. Schreibt Euren Bundestags- oder Landtagsabgeordneten oder geht am besten in deren Bürgersprechstunde.

Setzt dem Ganzen die Krone auf:

10. Tretet der INWO bei und helft aktiv mit, eine Veranstaltung z.B. mit Dirk Löhr zu organisieren.

»Die Grundsteuer muss einfach und ökologisch sein. Dafür ist die Bodenwertsteuer genau richtig. Alle Konzepte, die Grundsteuer erneut auf den Wert der Gebäude zu richten, erschaffen entweder ein neues bürokratisches Monster oder sie führen wieder in die Verfassungswidrigkeit, weil es die Finanzbeamten gar nicht gibt, die das ständig aktualisieren könnten.«

**Boris Palmer,
Oberbürgermeister von Tübingen**

Reader zur Grundsteuerreform bestellbar

Anfang 2019 erscheint im Verlag Thomas Kubo ein von Ulrich Kriese, Dirk Löhr und Henry Wilke herausgegebener über 300 Seiten starker Sammelband zum Thema Grundsteuer und Bodenreform. Dieser Reader bietet sowohl Grundlagentexte zur Bodenreform als auch spezifische Erläuterungen zum Vorschlag der Bodenwertsteuer.

Wir empfehlen allen Unterstützern von »Grundsteuer: Zeitgemäß!«, sich ein Exemplar als Argumentationshilfe anzuschaffen. Der Band eignet sich auch zum Weitergeben an Multiplikatoren, Freunde und Bekannte.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung der Herausgeber
Grundsteuer: Zeitgemäß! – Aufruf
Grundsteuer: Zeitgemäß! – Hintergrund
Eckhard Behrens: Soziale Marktwirtschaft und Bodenordnung
Jonathan Barth, Oliver Richters und Andreas Siemoneit: Wider die Wohnungsnot: Besteuert den Boden!
Barbara Hendricks: Dem Boden den richtigen Wert geben
Ulrich Kriese & Henry Wilke: Grundsteuerreform – Schlägt jetzt die Stunde der einfachen Lösungen?
Dirk Löhr & Ulrich Kriese: Scholz' mutloser Wurf

Ralph Henger & Thilo Schaefer: Mehr Boden für die Grundsteuer – Eine Simulationsanalyse verschiedener Grundsteuermodelle

Hans-Jochen Vogel: Bedarf es wirklich keiner Bodenrechtsreform? Eine verdrängte Herausforderung

Ulrich Kriese: Die Grundsteuer als Bodensteuer ausgestalten: Ein bundesweiter Aufruf

Ulrich Kriese & Henry Wilke: Die Grundsteuer zur Bodenwertsteuer machen

Dirk Löhr & Ulrich Kriese: Grundsteuerreform in Zeiten und Räumen mit steigenden Bodenwerten: Modellanalyse, Bewertung, Empfehlungen

Diana Coulmas & Michael Lehmbröck: Grundsteuerreform – Was kommt nach dem Praxistest?

Dirk Löhr: Wege und Irrwege der aktuellen Bodenreformdiskussion

Kai Schlegelmilch: Für die Natur Boden gutmachen

Ted Gwartney: Das Potenzial des »Public Value« – Zur Dynamik der Grundstückswerte

Nicolaus Tideman: Gleiche Rechte an der Erde

Fritz Andres: Wie viel Erde braucht der Mensch?

Wilhelm Matzat: Die deutsche Land- und Steuerordnung von Tsingtau und ihr Weiterwirken auf China

David Kapfer: Auswirkungen der Bodenwertsteuer in Dänemark

Herbert K. R. Müller: Das Bodenproblem einst und jetzt

Werner Onken: Bodenrechtsreform – Die Erde als gemeinsames Gut aller Menschen

Felix Fuders: Boden, Wasser und Luft: Warum Privateigentum mit der Abschöpfung von Monopolrenten einhergehen sollte

Dirk Löhr: Boden – die verkannte Umverteilungsmaschine

Editorische Notiz

Für 18 Euro erhältlich
ab Januar 2019.
Bestellungen direkt
beim Verlag:

E-mail:
verlag@thomaskubo.de



Tipps zu fairen Baurechtsverträgen

Das Infonetzwirk Gemeingut Boden legt einen Ratgeber für faire Baurechtsverträge vor. Er richtet sich vor allem an öffentliche Baurechtgeber und gemeinnützige Wohnbauträger als Baurechtsnehmer, enthält aber auch Tipps für alle anderen Baurechts- bzw. Erbpacht-Partner.

Im Herbst 2017 hat das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) einen Leitfaden zuhanden von Gemeinden herausgegeben, die eine aktive Bodenpolitik betreiben wollen. »Baurecht unter der Lupe« heisst er und ist nur als Online-Version – dafür gratis – verfügbar. Die Autoren der Broschüre stammen aus dem Immobilien-Beratungsunternehmen Wüest Partner. Ihr Fokus liegt stark auf den finanziellen Aspekten. Die im Infonetzwirk Gemeingut Boden zusammengeschlossenen bodenreformerischen Organisationen (Stiftungen, gemeinnützige AG, Verein) haben in den letzten beiden Jahren ein ergänzendes Papier erarbeitet, das weitere Aspekte betont.

Partnerschaftliche Beziehung

Zentrales und bisher oft wenig betontes Element in den Baurechtsverträgen (in Deutschland: Erbpacht-Verträge) ist für Gemeingut Boden der Gedanke der Partnerschaft. Die beiden Vertragsparteien sollen sich nicht als Kontrahenten, sondern als gleichberechtigte Partner fühlen und gebärden. Aus diesem Grund empfehlen die Autoren des Papiers, vor Abschluss eines Baurechtsvertrags gemeinsam eine Präambel zu erarbeiten. Sie soll in knapper Form die übergeordneten Zielsetzungen der Vertragsparteien beinhalten. Das kann beispielsweise die gemeinsame Sorge um die haushälterische Bodennutzung, die Verhinderung der Spekulation oder die Sorge um bezahlbaren Wohnraum sein.

Weiter schlägt Gemeingut Boden vor, die Vertragspartner sollten sich regelmässig zusammensetzen, um zu prüfen, ob die seinerzeitigen Annahmen bei Vertragsabschluss noch realistisch seien oder ob Änderungen an den Abmachungen sinnvoll oder nötig seien. Sie halten für diese Gespräche Abstände von fünf, allenfalls zehn Jahren für sinnvoll.

Lange Laufdauer als Chance und Handicap

Dass Baurechtsverträge eine lange Laufdauer haben, ist gleichzeitig ihr Vor- wie ihr Nachteil. Einerseits ermöglichen sie den Partnern langfristigen Planen und bieten ihnen Sicherheit. Doch sie können auch ein allzu enges Korsett sein. Denn niemand kann zuverlässig vorausagen, welches die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Vertragspartner in 50 oder 80 Jahren sein werden. Aus diesem Grund ist es

wichtig, die Verträge nicht mit Details zu überladen. Schlanke Verträge mit den wesentlichen Eckwerten wie Zweck des Baurechts, Vertragsdauer, Anfangshöhe und Modus für die Berechnung und Anpassung der Nutzungsgebühr (Baurechtszins) und Grundsätze für den Heimfall bzw. die Verlängerung des Vertrags bei dessen Ablauf bilden den Kern. Gemeingut Boden vertritt die Ansicht, weitere Details liessen sich vorteilhafterweise in Zusatzvereinbarungen zum Vertrag festlegen.

Boden behalten, Stadt gestalten

Das Motto der aktuellen Bodeninitiativen, die mittlerweile nach dem Vorbild der Stadt Basel in rund 10 Schweizer Städten und Gemeinden ergriffen worden sind, ist der Titel eines Buches, das im Frühling 2019 erscheint. »Boden behalten, Stadt gestalten« wird von den Basler Bodeninitiativen herausgegeben. Es enthält rund zwei Dutzend Beiträge zur Bodenrechtsproblematik in der Schweiz, in Europa und weltweit. Namhafte Autorinnen und Autoren beleuchten das Thema aus den verschiedensten Perspektiven. Der Werdegang der erfolgreichen Basler Initiativen wird ebenso erzählt wie die Ausbreitung der Idee in verschiedene Kommunen der Schweiz. Neben solchen aktuellen Entwicklungen kommt auch Grundsätzliches zur Sprache: Philosophisches zum Boden als Lebensgrundlage, das römische und das germanische Bodenrecht, die Schweizer Allmenden, das Landgrabbing in der Dritten Welt oder die aktuellen Diskussionen um Planung, Wohnungsbau und Bodensteuer in Deutschland und vieles mehr. Das Buch erscheint im kommenden Februar im Zürcher Verlag rüffer & rub.



Diese könnten mit Einverständnis beider Parteien dann periodisch nach Bedarf der Entwicklung angepasst werden.

Mit zur Sicherheit der Parteien trägt bei, wenn sie sich schon 10 oder besser 20 Jahre vor Vertragsende darauf einigen, ob er verlängert werden oder auslaufen soll.

Einfache Anpassungsmechanismen für Nutzungsgebühr

Gemeingut Boden behandelt aber auch die finanziellen Aspekte von fairen Baurechtsverträgen. Das Infonetzwirk plädiert für moderate Anfangswerte für den Boden, deutlich unter dem Marktpreis. Sodann ist es ihm wichtig, dass die finanzielle Belastung für die Baurechtsnehmerin wie die Einkünfte für die Baurechtsgeberin vorausschaubar sind und sich nicht sprunghaft verändern. Deshalb ist es wichtig, nicht zu viele Anpassungsparameter festzulegen. Die Bindung etwa an den Hypothekarzins erscheint nicht mehr als zeitgemäss. Sinnvoller ist aus Sicht der Autoren ein fester Zinssatz und dann eine periodische Anpassung alle fünf oder zehn Jahre an den Lebenskostenindex (zu weniger als 100 Prozent). Die Heimfallsentschädigung soll mehr als 80 Prozent des Zustandswerts der Gebäude bei Vertragsende betragen. Diese Aussicht auf eine hohe Heimfallsentschädigung lädt die Baurechtsnehmerin ein, ihre Bauten stets in tadellosem Zustand zu halten.

Eine gute Alternative für die Festlegung des Baurechtszinses ist es, als Basiswert einen Prozentsatz von 15 bis 20 Prozent der totalen Baukosten festzulegen und dann den Baurechtszins als entsprechenden Anteil am Mietwert der Baurechtsliegenschaft zu erheben. Bei gemeinnützigen Bauträgern kommt dafür die Kostenmiete zur Anwendung.

Das Papier »Elemente eines fairen Baurechtsvertrags« bildet den Stand der aktuellen Diskussion innerhalb von Gemeingut Boden ab. Es soll bei Bedarf ergänzt und weiter diskutiert werden. Es ist auf der Website von Gemeingut Boden einsehbar und kann heruntergeladen werden. Ferner wird es auch ein Kapitel im Buch »Boden behalten, Stadt gestalten« bilden, das im Frühling 2019 erscheinen soll.

Heinz Girschweiler

Weitere Informationen unter gemeingutboden.ch/baurecht; der Link befindet sich unter der Überschrift »Gemeinde und gemeinnützige Wohnbauträger«

SEMINARREIHE »WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT«

Suchen Sie nach dem Rüstzeug für eine fundierte Beurteilung politischer Fragen? Hier könnten Sie fündig werden!

Welche Rolle spielen Geld und Boden? Warum brauchen wir eine Geldreform? Was könnten wir durch eine Grundsteuerreform erreichen?... In dieser Seminarreihe in Wuppertal werden Probleme und Lösungsvorschläge zum Geld- und Finanzsystem, der Boden- und Ressourcenordnung sowie weiteren, wichtigen Feldern von Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend behandelt.

An dem Projekt des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V., Bad Boll, sind auch der Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, und der Lernort Wuppertal, getragen vom Freiwirtschaftlichen Jugendverband Deutschland e.V. beteiligt. Die Seminare werden geleitet von Fritz Andres, Jobst von Heynitz und David Fiedler vom SffO.



Fritz Andres und
Jobst von Heynitz

Themen und Termine der ersten beiden Wochenend-Veranstaltungen (geänderte Reihenfolge beachten!):

26.-27. Januar 2019: **Wem gehört die Erde? – Dimensionen einer Reform der Bodenordnung**

23.-24. Februar 2019: **Auswirkungen einer Bodenreform**

Nach diesen beiden Auftakt-Seminaren sind ab März 2019 weitere, zum Teil darauf aufbauende Seminarwochenenden geplant:

30.-31.3.2019: **Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft**

25.-26.5.2019: **Auswirkungen einer Reform der Geldordnung**

29.-30.6.2019: **Die Zukunft der Unternehmensverfassung nach der Geldreform**

7.-8.9.2019: **Die Zukunft des Bildungswesens jenseits von staatlicher Bürokratie und privatem Kommerz**

19.-20.10.2019: **Herkunft und Zukunft des Ordoliberalismus**

30.11.-1.12.2019: **Querschnittsbetrachtungen, Überblicke und Methodenfragen**

Wem gehört die Erde? 26. und 27. Januar 2019

Die bedrohlichen Entwicklungen im Umweltbereich, insbesondere das Klimaproblem, auf der einen Seite und die vielfältigen, sich offensichtlich vermehrenden Konflikte zwischen den Menschen, Gruppierungen und Staaten andererseits machen es notwendig, sich grundsätzlicher als bisher Gedanken zu machen über die Ordnung des Verhältnisses der Menschheit zur Erde sowie des Verhältnisses der Menschen untereinander.

Dabei kommt der Betrachtung des Verhältnisses der Menschen zur Erde (Bodenordnung im weiteren Sinne) eine zentrale Stelle zu, und zwar nicht nur aus Gründen der Ökologie und des Ressourcenschutzes, sondern auch, weil es bei den Konflikten zwischen den Menschen sehr häufig um den Besitz und die Verfügung über natürliche Ressourcen geht.

Welche Antworten sind den Aufgaben, die sich uns damit stellen, angemessen? In welchen Dimensionen müssen wir dabei denken? Was kann eine Bodenreform dazu beitragen? Wie muss sie aussehen, damit sich die notwendigen Erfolge einstellen?

Sie sind eingeladen, sich an diesen Überlegungen zu beteiligen, durch die die Idee einer Bodenreform wieder und neu zu einer Bewegung werden soll, die das Zeug hat, die Welt zu verändern.

SAMSTAG, 26. JANUAR 2019

9:30 Uhr Öffnung des Tagungsbüros

10:00 Uhr Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema: Die Erde als Erbe der ganzen Menschheit

11:00 Uhr Die individuellen Nutzungsrechte – ihre Notwendigkeit und ihre Problematik

12:30 Uhr Gemeinsames Mittagessen in der Tagungsstätte

14:00 Uhr Kaffeeangebot im Tagungsraum

14:30 Uhr Erhebung und Verwendung der Entgelte für die Bodennutzung

16:00 Uhr Die Zusammenhänge der drei Ebenen der Bodenordnung

16:30 Uhr Die Erde – Scheibe oder Kugel?

18:00 Uhr Abendessen

20:00 Uhr Die Dominanz der Vergangenheit über die Gegenwart in der heutigen Bodenordnung und ihre Bereinigung durch die Bodenreform

SONNTAG, 27. JANUAR 2019

9:00 Uhr Bodenreform und Frieden

10:00 Uhr Pause

10:15 Uhr Die Stellung der Bodenreform in der Menschheitsgeschichte

10:45 Uhr Wert und Unwert von Visionen

11:15 Uhr Rückblick auf die Tagung und Ausblick

12:00 Uhr Tagungsabschluss

Anmeldeinformationen

Die Seminarreihe soll nicht nur Einsteiger ansprechen, sondern auch solche Teilnehmer, die ihre bisherigen Gedanken noch einmal einer grundsätzlichen Überprüfung unterziehen wollen, ferner Multiplikatoren, die vom methodischen Aufbau der Veranstaltungen profitieren können.

Die Seminare sind einzeln buchbar oder im Ganzen. Schulungsmaterial, Abschluss-Zertifikat und die Möglichkeit zum Besuch weiterer Aufbaukurse werden geboten.

Veranstaltungsort: Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal

Teilnahmegebühr pro Wochenende: 50 Euro, für Schüler und Studenten 25 Euro.

Ermäßigungen sind auf Anfrage möglich.

Komplett-Verpflegungspaket (alle Mahlzeiten am Samstag und Sonntag inklusive alkoholfreie Tagungsgetränke, heiß und kalt): 39 Euro

Zusätzlich können preiswerte Übernachtungen in der Tagungsstätte gebucht werden. Anreise am Freitag ist möglich.

Nähere Informationen und Anmeldeformular unter: lernort-wuppertal.de und humane-wirtschaft.de

JETZT ANMELDEN!

Auswirkungen einer Bodenreform 23. und 24. Februar 2019

Der Boden spielt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Wissenschaft und Politik kaum noch eine Rolle. Die Volkswirtschaftslehre spricht zwar von drei Produktionsfaktoren: Boden, Arbeit und Kapital – sieht im Boden aber doch nur ein Kapitalgut, das keine besondere Beachtung verdient. Die Fragen rund um den Boden, die schon immer ein heißes Eisen waren, bleiben daher nicht nur ungelöst, sondern – schlimmer noch – sie werden gar nicht mehr gestellt.

Der Zusammenhang vieler besorgniserregender Phänomene und Ereignisse mit den Fehlern unserer Bodenordnung wird dementsprechend nicht durchschaut. Verdrängte Probleme gären aber weiter und verschaffen sich ungeordnet Luft: Das ist im sozialen Ganzen nicht anders als beim Einzelnen. Das Tableau der Problemfelder ist vielfältig:

- Armut und gewaltsame Auseinandersetzungen in der Dritten Welt, die weitgehend auf der ungerechten Verteilung des Bodens und der übrigen natürlichen Ressourcen beruhen,
- Landgrabbing als moderne Form des internationalen Kriegs um knapper werdende Natur-Ressourcen
- die ökologische Handlungslähmung der Staaten und der Menschheit insgesamt trotz unübersehbar fortschreitender Zerstörung ihrer natürlichen Daseinsgrundlagen
- die internationalen Streitigkeiten um Land, Wasser und Rohstoffe
- die Immobilienkrisen der letzten Jahre, die die Notwendigkeit einer Trennung von Bo-

denmarkt und Kapitalmarkt veranschaulichen

- die Probleme der Entwicklung unserer Städte und des Wohnungsmarktes usw.

Die Vielheit der Missstände, die unsere heutige Bodenordnung hervorruft, zeigt die Vielfalt der Auswirkungen, die von einer Reform der Bodenordnung erwartet werden können. Der Einsatz für eine Reform der Bodenordnung lohnt sich also!

SAMSTAG, 23. FEBRUAR 2019

- 9:30 Uhr Öffnung des Tagungsbüros
- 10:00 Uhr Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
- 10:30 Uhr Erhebung und Verwendung der Entgelte für die Bodennutzung
- 11:15 Uhr Pause
- 11:45 Uhr Erbbaurecht und Bodenwertsteuer als Wege zur Reform der Bodenordnung – Reform der Grundsteuer als Chance!
- 12:30 Uhr Mittagspause
- 14:30 Uhr Kaffeeangebot im Tagungsraum
- 15:00 Uhr Die Bodenreform erleichtert die Stadtplanung

16:30 Uhr Pause

17:00 Uhr Die Bodenreform macht den Staat ökologisch handlungsfähig

18:00 Uhr Abendessen

20:00 Uhr Bodenreform und Gerechtigkeit

SONNTAG, 24. FEBRUAR 2019

9:00 Uhr Ohne Reform der Bodenordnung keine internationale Friedensordnung

10:00 Uhr Pause

10:15 Uhr Bodenreform und Staatsbild

10:45 Uhr Bodenreform und Menschenbild

11:15 Uhr Was können wir tun – auf kommunaler, nationaler und globaler Ebene? Tagungsrückblick

12:00 Uhr Tagungsabschluss

Weitere Informationen beim Seminar für freiheitliche Ordnung: www.sffo.de



Gedenken

Leider sind auch im Jahr 2018 wieder einige INWO-Mitglieder altersbedingt verstorben.

In stillem Gedenken halten wir inne und sind dankbar für die lange Zeit, in der sie die INWO und ihr Gedankengut unterstützen konnten.



Interesse im **Vorstand mitzuwirken?**

Der INWO-Vorstand hofft, dass sich vermehrt (insbesondere auch junge) Menschen für die Anliegen der INWO Schweiz interessieren. Neue Vorstandsmitglieder sind herzlich willkommen. Das Co-Präsidium (Hansruedi Weber und Daniel Meier) erteilt gerne weitere Auskünfte zur Vorstandsarbeit per Mail oder Telefon. Bei Interesse bitte beim INWO-Sekretariat melden!: buero@inwo.ch oder 056 - 426 60 90

Übrigens, auch Spenden nehmen wir gerne entgegen, um die Kernthemen der Freiwirtschaft wieder stärker in der Öffentlichkeit zu platzieren.

**Postkonto INWO Schweiz, 5430 Wettingen:
CH83 0900 0000 3000 1771 2**

Vollgeld-Initiative – Rückblick und Ausblick

Ein halbes Jahr ist es her, seitdem wir über die Vollgeld-Initiative abgestimmt haben. Die Ablehnung des Stimmvolkes (nur 24,3% stimmten mit Ja) war auch deshalb so deutlich, weil unter anderem die Schweizerische Nationalbank (SNB) um Thomas Jordan, die economicswiss und auch Bundesrat Ueli Maurer den Eindruck erweckten, dass mit unserem Geld- und Finanzsystem alles in bester Ordnung sei. Wieso ein Experiment wagen, wenn doch alles so gut funktioniert? Mit diesem Credo gelang es den Gegnern der Vollgeld-Initiative (VGI), die Bevölkerung zu einem Nein an der Urne zu bewegen.

Natürlich sind wir nach wie vor der Meinung, dass sich seit der Finanzkrise 2008 nicht viel geändert hat und wir deshalb weiterhin darüber nachdenken müssen, wie wir unser Geld- und Finanzsystem sinnvoll reformieren können. Insbesondere der Börsenmonat Oktober mit dem grössten Kursrückgang seit der Finanzkrise stimmt nachdenklich. Die Zweifel, dass die SNB bei einer Rezession mit den verfügbaren Instrumenten erfolgreich gegensteuern kann, sind berechtigt, wenn man sich die völlig überdimensionierte Bilanz und die Negativzinsen anschaut, die unter den gegenwärtigen Bedingungen fast die effektive Untergrenze erreicht haben dürften. Viel Spielraum ist da nicht mehr vorhanden, solange das Bargeld nicht einbezogen wird.

Im September jährte sich zudem zum 10. Mal der Kollaps der Bank Lehman Brothers. Viele führende Finanz- und Wirtschaftsportale analysierten zu diesem Anlass die Fortschritte in Bezug auf die Stabilität und Sicherheit des Finanzsystems, die seither gemacht wurden. Fast alle kamen zum selben Schluss wie wir, bevor wir die

Vollgeld-Initiative lanciert hatten: Das Geld- und Finanzsystem ist ein Riese auf tönernen Füßen, der gefährlich wackelt. Viele Kommentatoren sind sich sicher, dass die nächste Krise weit grössere »Kollateralschäden« verursachen wird. Vermehrt wird in den Medien auch ein Zusammenhang zwischen den Symptomen der Krise und den weltweiten Erfolgen populistischer Bewegungen hergestellt. Ralph Pöhner, Mitgründer der Branchen-Medien Medinside und Finews, mahnte bereits letztes Jahr im Tagesanzeiger: »Nicht auszudenken, wenn es jetzt wieder zu einer schweren Finanzkrise käme. Die Verantwortung der Notenbanken, der Regierenden, der Player im Finanzsystem erscheint momentan unermesslich«. Wer die Freiheiten und Sicherheiten einer liberalen und sozialen Demokratie schätzt und bewahren möchte, ist gut beraten bei der Ausgestaltung der Geld- und Finanzpolitik das grosse Ganze im Auge zu behalten.

Was haben wir gelernt?

Eine Reportage stach besonders ins Auge. John Authers, Autor der Financial Times, realisierte zwei Tage nach dem Kollaps der Bank Lehman Brothers am Morgen des 17. September 2008, dass das Unmögliche vielleicht eben doch eintreten und auch seine Bank zahlungsunfähig werden könnte. Er hatte mehr Geld auf dem Konto als vom Staat im Ernstfall garantiert und sorgte sich, dass er es verlieren könnte. Also entschied er sich während des Mittagessens, auf Nummer sicher zu gehen, einen Teil des Geldes auf ein anderes Bankkonto zu transferieren und so sicherzustellen, dass sein ganzes Vermögen staatlich abgesichert ist. Als er bei seiner Bank ankam, war die Bankfiliale in Downtown Manhattan voller Menschen, die sich dasselbe überlegt hatten. Da war ein Bankrun im Entstehen begriffen und zwar mitten in New

York! John Authers hatte auch einen Fotografen bei sich und hätte das Bild und einen Text dazu direkt auf der Website der Financial Times veröffentlichen können. Er empfand es jedoch als seine Pflicht, die Stimmung nicht weiter anzuheizen, und verzichtete darauf.

Welche Folgen die Meldung eines Bankruns im Herzen von Manhattan tatsächlich gehabt hätte, werden wir nie erfahren. Dennoch sollte uns diese Geschichte zu denken geben und anspornen, die Schönwetter-Sichtweise auf das Geld- und Finanzsystem weiterhin zu hinterfragen. Die Schwächen müssen thematisiert und konstruktive Vorschläge zur Verbesserung gemacht werden. Schliesslich geht es um unser Geld und unsere Zukunft.

Die Vollgeld-Initiative war wichtig

Es scheint, dass es der Vollgeld-Initiative nicht gelang, den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern den offensichtlichen Bedarf einer Reform des Geld- und Finanzsystems überzeugend zu vermitteln. Dieser Umstand ist schlussendlich auch für die deutliche Ablehnung an der Urne mitverantwortlich. Allerdings wäre es falsch, das Ergebnis dahingehend zu interpretieren, dass die VGI eine Verschwendung von Zeit und Ressourcen war. Die Chancen, eine Volksabstimmung über eine Reform des Geld- und Finanzsystems zu gewinnen, standen für uns als Ausenseiter und kleiner Verein von Anfang an denkbar schlecht. Insbesondere auch, weil die Erinnerungen an den Ausbruch der Finanzkrise bei den meisten Stimmbürgern bereits verblasst waren.

Der Erfolg einer Volksabstimmung kann aber auch anders gemessen werden, als nur an der Anzahl Ja-Stimmen an der Urne. Uns ist es als kleine NGO gelungen, in der Schweiz und auch international eine intensiv geführte Debatte zum Thema Geldschöpfung auszulösen. Weltweit informierten Journalisten und andere Kommentatoren die Öffentlichkeit darüber, wie Geld geschaffen wird und in Umlauf kommt und welche Wirkungen (und Nebenwirkungen) dieser Prozess hat. Diese Aufklärungsarbeit ist besonders wertvoll. Denn bevor man das System ändern kann, muss man wissen, wie es in Tat und Wahrheit funktioniert. Die umfassende Berichterstattung im Zuge der Vollgeld-Initiative hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Was nicht zuletzt auch an den Anpassungen in den Lehrmitteln von Bildungsinstitutionen erkennbar ist. All das darf zweifelsfrei als ein grosser Erfolg der Vollgeld-Initiative verbucht werden.

Die internationale Berichterstattung

Insbesondere die internationalen Kommentatoren haben sich viel Zeit genommen, die VGI detailliert zu beschreiben. Wenn Sie sie noch nicht gesehen haben, bitte schauen Sie sich die CNN Money Show mit John Revill von Thomson Reuters und Brian Blackstone vom Wallstreet Journal an (sie wurde einige Tage vor der Abstimmung ausgestrahlt). Die Berichte der beiden Herren, und auch von Ralph Atkins von der Financial Times, waren die Basis für einen Grossteil der weltweiten Berichterstattung.

Wir haben als Referenz eine Datenbank mit den englischsprachigen Medienberichten zusammengestellt. Die Artikel können nach Herausgeber, Titel und Datum sor-

tiert werden. Verfügbar ist zudem ein Link zu jedem Artikel und eine kurze Zusammenfassung. Eine Grafik zeigt eine Analyse der wichtigsten Beiträge und bestätigt die beeindruckende internationale Berichterstattung zur Vollgeld-Initiative. (Herzlichen Dank an dieser Stelle an unseren studentischen Mitarbeiter Dan Filipiak für die Zusammenstellung der Artikel und für die entsprechenden Zusammenfassungen). Sollten Sie über weitere Links von Beiträgen auf Englisch verfügen, bitte senden Sie sie uns zu.

Die richtigen Fragen stellen

Was bringt die Zukunft? Unser Verein ist eine NGO, die sich zum Ziel gesetzt hat, einen Beitrag zur Lösung der bestehenden Probleme des Finanzsystems zu leisten. Die Vollgeld-Initiative hat gezeigt, dass ein grosser Bedarf da ist, sich mit der Funktionsweise des Geld- und Finanzsystems weiter zu beschäftigen. Viele Aspekte der Vollgeld-Initiative, die Entwicklung von E-Franken (digi-



tales Bargeld) und Kryptowährungen, gemeinsam mit den anhaltenden Problemen unseres Geld- und Finanzsystems und den mangelnden Möglichkeiten der SNB, diesen entgegenzusteuern, sind wichtige geldpolitische Themen, die es weiterhin zu diskutieren gilt.

Es braucht eine anständige Debatte dazu, welche Verantwortung der Staat alleine den Marktkräften überlassen darf und wo es vernünftige Massnahmen zum Schutz der Gesellschaft und wenn nötig zur Unterstützung der Realwirtschaft braucht, weil die Marktkräfte versagen. Dem Verein MoMo ist es ein grosses Anliegen, an der Diskussion teilzunehmen und sie nicht einigen wenigen Finanzmarktakteuren zu überlassen. Wir wollen weiterhin die richtigen Fragen stellen, um herauszufinden, wie das Geld- und Finanzsystem der Zukunft aussehen sollte, damit es schlussendlich den Ansprüchen einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft genügt. Wir sind überzeugt, dass eine kultivierte Debatte mittelfristig Früchte tragen und zu neuen Lösungsansätzen führen kann. Deshalb laden wir Sie herzlich dazu ein, uns bei unserem Vorhaben weiterhin zu unterstützen und mit uns gemeinsam am Ball zu bleiben.

Emma Dawnay, Vorstandsmitglied MoMo
Maurizio Degiacomi, Geschäftsführer MoMo

Die Schweizer Vollgeld-Initiative erzielte einen Achtungserfolg von 24,3% JA-Stimmen. Die Chancen, eine Volksabstimmung über eine Reform des Geld- und Finanzsystems zu gewinnen, standen für MoMo als kleiner Verein von Anfang nicht gut. Doch das herrschende System bleibt ein Riese auf tönernen Füßen und wir nehmen es mit ihm auf!

Liebe Leserin, lieber Leser!

Im nächsten Jahr stehen einige wichtige und vielversprechende Projekte an:

- Die Grundsteuerreform brennt unter unseren Füßen – und wir wollen, dass die Bodenwertsteuer tatsächlich bis Ende 2019 gesetzlich verankert wird.
- Um die notwendige internationale Forschung zu Negativzinsen zu fördern, möchten wir 2019 einen Forschungspreis von 5.000 Euro für die beste wissenschaftliche Arbeit zum Thema ausloben. Miles Kimball (University of Colorado Boulder) und Ruchir Agarwal (Internationaler Währungsfonds) haben uns ihre unentgeltliche Mitarbeit in der Jury angeboten.
- Die Preisverleihung soll anlässlich der von uns geplanten Negativzins-Konferenz stattfinden.
- Wir wollen die in diesem Jahr begonnene Vernetzung verstärken, um eine größere, wachsende Bodenwende- und Geldwende-Bewegung zu schaffen.

Wir freuen uns daher über jede auch noch so kleine Spende für die Geld- und Bodenreform!

Konto INWO e.V.: IBAN DE32 4306 0967 6010 4514 00 bei der GLS Bank

Eine schöne Weihnachtszeit und ein glückliches, gesegnetes Jahr 2019 wünscht im Namen des gesamten INWO-Teams
Felix Fuders, 1. Vorsitzender



Felix Fuders beim Rundgang durch die bodenpolitisch interessante neue Frankfurter Altstadt, am sog. »Krönungsweg«.

INWO-Mitgliederversammlung 2018

Am 24. November trafen wir uns zur diesjährigen Mitgliederversammlung in der Jugendherberge Frankfurt. Der 1. Vorsitzende Felix Fuders begrüßte die anwesenden Mitglieder, darunter zwei frisch beigetretene Jugendliche, sowie Gäste. Er wies auf die hohe gesellschaftliche Relevanz der INWO in unserer heutigen Wirtschaftsordnung hin, die auch beim Besuch der Europäischen Zentralbank am Vortag deutlich geworden war. Vlado Plaga als Versammlungsleiter bat die Anwesenden, eine Schweigeminute für die im letzten Jahr verstorbenen herausragenden Mitglieder Helmut Creutz und Eckhard Behrens einzulegen.

Der Vorstandsbericht streifte u.a. ein Arbeitstreffen in Greven, Vernetzungstreffen in Wuppertal (mit freiwirtschaftlichen Organisationen) und in Berlin (mit anderen Geldreformern, siehe S. 9), INWO-Stände, eine Stellungnahme zu Negativzinsen an zahlreiche Banken anlässlich einer Veröffentlichung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, weitere Briefe an Politiker und Ministerialbeamte zur Bodenwertsteuer sowie die Arbeit an der INWO-Internetpräsenz.

Einige Zahlen zum Internet:

- Wert der AdWords-Kampagnen in den letzten 12 Monaten: 42.000 €

- Medienkommentare auf der INWO-Homepage seit der letzten MV: 46
- Beiträge auf Facebook seit der letzten MV: 82 (325 Abonnenten)
- Besucherzahlen auf der Homepage: ca. 35.000
- Newsletter-Abonnenten: ca. 3.000
- Abonnenten Youtube-Kanal: 503
- Kolumnen in der Frankfurter Rundschau, auch online (B. Bockting): 6

Herausgestellt wurde, dass die INWO zuverlässiger Partner der Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« ist und die Einführung einer reinen Bodenwertsteuer weiterhin mit vollen Kräften unterstützen wird.

Matthias Klimpel erläuterte die Kassenlage. Die Gemeinnützigkeit des Vereins wurde unlängst vom Finanzamt verlängert. Ein Diskussionspunkt waren die Ausgaben für den Stand beim 37. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 19. bis 23. Juni 2019 in Dortmund. Frühere Teilnehmer betonten, dass den hohen Ausgaben wie in der Vergangenheit auch ein Nutzen gegenüberstehe, so dass wir auch 2019 wieder präsent sein werden. Der Vorstand wurde einstimmig entlastet.



Die Satzungsänderungen wurden wie vom Vorstand vorgeschlagen angenommen, so dass nunmehr natürliche Personen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, bei der INWO Mitglied werden können. Außerdem ist zukünftig die Aufnahme in den Verein auch per E-Mail oder durch Ausfüllen des Online-Beitrittsformulars zu beantragen.

Des Weiteren haben die Mitglieder entschieden, den kostenpflichtigen Markenschutz für die Wort-/Bildmarke

FAIRCONOMY zu verlängern. Die Verlängerung gilt für 10 Jahre ab dem 01.01.2019.

Unter dem Punkt »Sonstiges« wurden Themen diskutiert wie ein Internet-Portal zur Vernetzung diverser Geldreform-Organisationen, ggf. verknüpft mit Einsparungen im Printbereich, die Mitgliedergewinnung und Verbesserung des Kontakts mit Mitgliedern mittels einer Umfrage, das Verhältnis zu anderen Freiwirtschaftsorganisationen im Hinblick auf das nächste Vernetzungstreffen im März.

Das vollständige Protokoll wird den Mitgliedern demnächst per Rundmail zur Verfügung gestellt.

Wir bedanken uns bei Matthias Klimpel und Hajo Köhn für die anschließende bodenpolitische Führung durch die Frankfurter Innenstadt. Wir haben viel gesehen und viel erfahren!

Thomas Kubo

MITMACHER GESUCHT!

Der 37. Deutsche Evangelische Kirchentag findet vom 19. bis 23. Juni 2019 in Dortmund statt. Wer kann sich vorstellen, am INWO-Stand mitzuwirken und bei kleinen Rollenspielen mitzumachen?

Interessenten können sich bei bernd.cremer@INWO.de melden.

»Die Zukunft des Bargelds«

Bei den Mündener Gesprächen am 27. und 28. Oktober ging es um »Die Zukunft des Bargelds«. Organisator Werner Onken hatte wie gewohnt ein sehr zeitgemäßes, diesmal geradezu drängendes und wirklich interessantes Programm zusammengestellt:

Nach einer Begrüßung und Einführung in die Tagung durch Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, 2. Vorsitzender und Geschäftsführer der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, hielt Andreas Barke von der LMU München einen Einstiegsvortrag über die makroökonomische Bedeutung des Bargelds im Geldsystem. Barke hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Geldsystem und insbesondere dem Bargeld befasst und gab einen detaillierten Überblick über verschiedene Konzepte.

Im Anschluss machte Prof. Dr. Johann Walter, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen, den innovativen Vorschlag, dass die EZB zukünftig regionales Bargeld herausgeben könne, das den Kommunen als »Helikopter-geld« zur Verfügung gestellt und – mit Vergünstigungen für die Bürger – von den Kommunen akzeptiert werden solle. Dadurch könne die Region gestärkt werden und gleichzeitig Bargeld als anonymes Zahlungsmittel erhalten bleiben. Dieses solle dann nach Möglichkeit auch umlaufgesichert werden.

Am Nachmittag informierte INWO-Vorstandsmitglied Beate Bockting über die Entwicklung des Bargeld-Diskurses bei amerikanischen Ökonomen, die das Bargeld als das zentrale Problem in der Durchsetzung einer symmetrischen Zinspolitik erkannt haben. Fed-Gouverneur-Anwärter Prof. Marvin Goodfriend wurde mit einem Statement am Rande der monetärökonomischen Konferenz in Jackson Hole »eingespielt«.

Über eine Lösungsmöglichkeit sprach dann Thomas Seltmann, wiss. Mitarbeiter (Photovoltaik) der Verbraucherzentrale NRW, der einen Vorschlag zur praktischen Einführung einer Liquiditätsgebühr auf das Bargeld vorstellte, der bereits in einem kürzlich erschienenen Paper des Internationalen Währungsfonds Erwähnung gefunden hat.

Am Abend präsentierte Ferdinand Wenzlaff (Uni Hamburg) einen von Anne Löscher (Uni Siegen) und ihm selbst erarbeiteten Vortrag über den alternativen historischen Reformvorschlag von Robert Eisler als Beitrag zu Geldreform-Debatten mit dem Ziel der Überwindung von Arbeitslosigkeit, Nullzinsgrenze und Krise. Wenzlaffs Ausführungen waren insofern überraschend, da Eisler selbst sich gar nicht mit der Umgehung der Nullzinsgrenze, die das Bargeld setzt, beschäftigt hat. Seine

Ideen wurden nur diesbezüglich nutzbar gemacht.

Am Sonntagvormittag hielt Dr. Max Danzmann, Frankfurt, unter dem Titel »Warum staatliche Währungen langfristig privaten Kryptowährungen überlegen sind« ein Plädoyer für die Beibehaltung des staatlichen Währungsmonopols, statt eines zu befürchtenden künftigen Oligopols privater Währungen – ein Thema, das immer mehr an Bedeutung gewinnt und von Danzmann in hervorragender Weise argumentativ aufbereitet wurde.

Bei der abschließenden Diskussion und dem Rundgespräch wurde deutlich, dass eine komplette Abschaffung des Bargelds stark abgelehnt wird. Eine Abschaffung der großen Scheine oder die Einführung anonymer Geldkarten ist für einige jedoch sehr wohl vorstellbar.

Die nächsten, dann 63. Mündener Gespräche finden am 23./24. März 2019 wieder in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal statt. Das Thema lautet »Krieg & Frieden«.



INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.
Postfach 90 02 06
60442 Frankfurt am Main
Tel.: 02 31 – 44 99 58 55
E-Mail: INWO@INWO.de



Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname

Name

Straße

Postleitzahl

Ort

E-Mail-Adresse
(bitte angeben für regelmäßige Informationen)

Telefon
(für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

Ort, Datum

Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang

Beruf/Tätigkeit

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an die oben angegebene Adresse.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _

Name des Kreditinstituts oder BIC: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Vortragsangebot zum Geld-Syndrom

Das »Geld-Syndrom«, inzwischen in 8. Auflage erschienen, ist ein Klassiker der Geld- und Bodenreform-Bewegung. Der Autor Helmut Creutz starb im Jahre 2017, und kann die Inhalte seines Buchs leider nicht mehr selbst vorstellen. Die Kernaussagen sind jedoch nach wie vor aktuell, und die folgenden Angebote mögen dazu verhelfen, diese Kernaussagen auf einem aktuellen Stand präsentiert zu bekommen.

Vorträge

- Dauer: 1-3 Stunden
- Inhalte: Es erfolgt immer eine allgemeine Einleitung in die Thematik des Geldsyndroms, eine Auswahl aus Schwerpunktthemen, und die Lösungsansätze aus Sicht der Geld- und Bodenreformbewegung.

Jede der Grafiken von Helmut Creutz hat mindestens zwei Dimensionen. Auf der einen Seite zeichnet sie eine große Klarheit aus, da sie einen bestimmten Aspekt auf eine äußerst prägnante Art zur Geltung bringen. Auf der anderen Seite hat sie eine Tiefe, welche sich bei der genauen Lektüre des Zahlenmaterials bzw. der freiheitlich-sozial-ökologischen Grundhaltung ergibt, die Helmut Creutz ausgezeichnet hat. Beide Dimensionen sollen in den Vorträgen zur Sprache kommen.

Die Schwerpunkte können je nach Zielgruppe festgelegt und auch kombiniert werden:

1. Wachstum, Wachstum über alles
2. Arm und Reich, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung
3. Staatsverschuldung, Rüstung, Frieden
4. Bargeld und Bargeldhortung
5. Die Rolle der Banken
6. Vergleich der Geld- und Bodenreform mit alternativen Lösungsansätzen.

Im Anschluss folgt eine Frage- und Antwort-Runde, deren Länge vom Veranstalter festgelegt werden kann.

Absprachen

Vor der Anfrage sollte eine Absprache über Zielgruppe und Inhalte vorgenommen werden.

Auf Anfrage kann ich gerne versuchen, eine ausstehende Grafik aufgrund eines spezifischen Anlasses zu verlängern, wenn eine Verlängerung noch aussteht.

Anforderungen

Ich benötige einen halbwegs ruhigen Raum, eine Steckdose und ein Publikum von mindestens fünf Leuten. Ich komme auch gerne zu Arbeitsgruppen, Versammlungen oder Lehrgängen. Der Ausrichter sollte die Werbung für die Veranstaltung übernehmen.

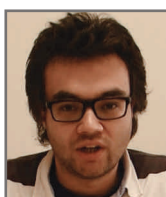
Kosten

Fahrtkosten, Kosten für Kost & Logis, sofern welche entstehen. Eine einfache Unterbringungsmöglichkeit reicht aus.

Aufwandsentschädigung von 10 € sowie die Gelegenheit, einige Exemplare des »Geld-Syndroms« zum Verkauf anzubieten und auf Erscheinungen des Verlags und einiger Institutionen, denen ich verbunden bin, hinzuweisen.

Kontakt und Terminanfrage

Thomas Kubo
Mail: verlag@thomaskubo.de
Telefon: +49 1520 2928430



Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. 8. Aufl. Verlag Thomas Kubo, Münster 2018, 495 S., mit Fadenheftung gebunden, Lesebändchen und Schutzumschlag, zahlreiche Grafiken, Abbildungen und Tabellen, 28.00 € (DE), 28.80 € (AT), ISBN: 978-3-96230-002-9

Was stimmt nicht mit dem Geld?

Geld ist eine öffentliche Einrichtung, gleichzeitig aber auch privates Eigentum, obwohl nichts in der Welt zwei Herren dienen kann.

Die Geldvermehrung durch gefälschte Banknoten und Münzen ist untersagt, die Geldverminderung durch Entzug von Banknoten aus dem Wirtschafts-Kreislauf jedoch erlaubt.

Geld ist das einzige gesetzliche Zahlungsmittel, gleichzeitig aber auch ein beliebig verwendbares Spekulationsobjekt.

Geld unterliegt einem allgemeinen Annahmepflicht, aber keinem Weitergabepflicht, obwohl das erste ohne das zweite keinen Sinn ergibt.

Geld wird gleichzeitig als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel deklariert, obwohl die zweite Funktion die erste aufhebt.

Kein Maßstab in der Wirtschaft wird so oft gebraucht wie das Geld, aber dessen Kaufkraft wird nicht stabil gehalten.

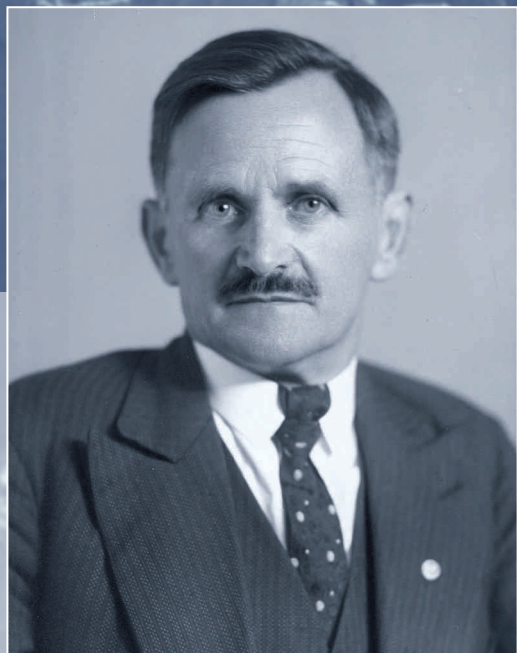
Unser Geld ist mit einem Zins- und Zinseszinsseffekt gekoppelt, obwohl dieser zu einem exponentiellen und sich schließlich überschlagenden Wachstum führt.

Das Geld-Syndrom, Hauptwerk von Helmut Creutz und inzwischen ein Klassiker der Geldreform-Bewegung, bietet einen leicht verständlichen und umfassenden Einstieg in die Probleme unserer Wirtschaftsordnung. Es ist zugleich eine Einladung, sich einmal ganz grundsätzlich mit dem Elefanten im Raum zu beschäftigen: dem Geldsystem!

Die neue Auflage enthält einen der letzten Beiträge von Helmut Creutz zur Niedrigzinsphase, sowie eine Reihe von aktualisierten Grafiken in einem Nachwort von Thomas Kubo, das Zahlen bis 2017 heranzieht.

Bestellungen direkt beim Verlag unter der E-Mail:
verlag@thomaskubo.de

Gasthof zur alten Post



Das Erfolgsrezept der Wörgler Geldreform war der rasche Umlauf der regional gültigen Gutscheininwährung

1932 waren im 4.200 Einwohner zählenden Markt Wörgl durch die Wirtschaftskrise 400 Menschen arbeitslos geworden – wovon 200 bereits »ausgesteuert« waren und somit keine staatliche Unterstützung mehr erhielten und der Armenfürsorge der finanziell ausgebluteten Gemeinde zufielen.

Dr. Dr. Silvio Unterguggenberger, Sohn des Freigeld-Bürgermeisters Michael Unterguggenberger, berechnete in seinem Beitrag zum Wörgler Heimatbuch 1998 aufgrund der Zahlen des Zeitzeugen Fritz Schwarz bei 416 Handwechselungen per anno und durchschnittlich 5.490 Schilling in 13,5 Monaten eine Gesamtnachfrage von 2.547.360 Schilling 1932/33, was 1998 einer Kaufkraft von 63.684.000 Schilling entsprochen hätte. Umgerechnet in Euro würde das einer Kaufkraft von fast 5 Millionen Euro gleichkommen.